

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 RM.
ohne Postgebühren. Nur Post-
bezug. W. Stütung bei allen Postan-
halten. Geschäftsstelle Berlin S. 55,
Urbanstr. 67 I. Fernr.: Wpbt. 9658.

Wichtigesprot
die vierteljährliche Beilage von 20 Bl.
für Verbandsmitglieder zu 2 Bl.
Erlaubungsberechtigter: 2 Bl. Beilagen-
ausgaben je 2 Bl. Der Be-
zugspreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 21.

Berlin, den 18. Mai 1919.

35. Jahrgang.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 21. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Rekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress. Wir veröffentlichen untenstehend die Namen der vorgeschlagenen Kandidaten für die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress. Nur die Vorgeschlagenen sind wählbar.

Zu der vom 30. Mai bis zum 2. Juni vorzunehmenden Wahl werden die nötigen Stimmzettel mit dem Vordruck der Namen der untenstehenden Kandidaten rechtzeitig von uns an die Bevollmächtigten der Gaue und Zahlstellen versandt werden. Um nicht durch die Größe und das Aussehen verschiedener Stimmzettel die Heimlichkeit der Wahl zu beeinträchtigen, dürfen andere Stimmzettel als die von uns herausgegebenen nicht benutzt werden.

Jeder Stimmzettel darf nur höchstens 8 Namen enthalten, die überschließenden Namen sind deutlich zu durchstreichen. Stimmzettel mit mehr als 8 Namen sind ungültig. Stimmzettel mit weniger als 8 Namen sind gültig.

Die nachstehenden Vorschläge sind teils Mehrheiten, teils Minderheiten der betreffenden Zahlstellenversammlungen entsprungen:

- Bergmann, Hugo, in Leipzig.
Vorgeschlagen von Leipzig.
- Brückner, Eugen, in Berlin.
Vorgeschlagen von Berlin und Dresden.
- Bruck, Victor, in Breslau.
Vorgeschlagen von Breslau, Briesg, Dresden und Gau 2.
- Ernst, Artur, in Düsseldorf.
Vorgeschlagen von Düsseldorf.
- Gabel, Otto, in Berlin.
Vorgeschlagen von Berlin.
- Groenhoff, Bernhard, in Elberfeld.
Vorgeschlagen von Barmen-Elberfeld und Dortmund.
- Hemlinger, Karl, in Stuttgart.
Vorgeschlagen von Lahr, Troisfingen, Stuttgart und Gautag des Gau 14/15.
- Herzog, Paul, in Berlin.
Vorgeschlagen von Berlin.
- Hesse, Karl, in Leipzig.
Vorgeschlagen von Leipzig.
- Kaspar, Peter, in Berlin.
Vorgeschlagen von Berlin.
- Klar, Ernst, in Berlin.
Vorgeschlagen von Berlin.
- Kornacker, Heinrich, in Hannover.
Vorgeschlagen von Bielefeld, Dresden und Hannover.
- Kräymin, Lucie, in Berlin.
Vorgeschlagen von Berlin.

- Rüster, Friedrich, in Hamburg.
Vorgeschlagen von Dresden, Hamburg-Antona, Kiel, Lübeck, Rühringen, Schwertin und Gau 6/7.
- Sange, Heinrich, in Dresden.
Vorgeschlagen von Dresden und Gau 12.
- Leipniz, Paul, in Limbach i. Sa.
Vorgeschlagen von Limbach.
- Demser, Hugo, in Johannisthal bei Berlin.
Vorgeschlagen von Stottbus und Stettin.
- Büdicke, Paul, in Berlin.
Vorgeschlagen von Berlin.
- Machner, Wilhelm, in Leipzig.
Vorgeschlagen von Dresden und Eisenberg.
- Marcuse, Felix, in Berlin.
Vorgeschlagen von Berlin.
- Meß, Heinrich, in Frankfurt a. M.
Vorgeschlagen von Mainz.
- Pfütze, Emil, in Chemnitz.
Vorgeschlagen von Altenburg, Dresden, Oberwiesenthal, Plauen und Gau 12.
- Schmidt, August, in Sanau.
Vorgeschlagen von Sanau.
- Scholz, Willi, in Berlin.
Vorgeschlagen von Berlin.
- Thalheim, Karl, in Leipzig.
Vorgeschlagen von Leipzig.
- Thiel, Berta, in Leipzig.
Vorgeschlagen von Leipzig.
- Weinländer, Friedrich, in Nürnberg.
Vorgeschlagen von Erlangen, Nürnberg-Fürth, Würzburg und Gau 16.
- Wienicke, Otto, in Leipzig.
Vorgeschlagen von Dresden und Leipzig.
- Würzberger, Richard, in Berlin.
Vorgeschlagen von Stettin.

2. Für die Unterstützungskasse der Funktionäre hat ein Teil der Zahlstellen und Gaue die Beiträge für 1919 noch nicht an die Verbandskasse abgeführt. Wir ersuchen die mit der Zahlung im Rückstand befindlichen Orte die Beiträge umgehend einzusenden. Für die Berechnung sind die Mitgliederzahlen am Ende des 4. Quartals 1918 maßgebend. Für ein männliches Mitglied sind 10 Pf. und für ein weibliches 5 Pf. für das Jahr 1919 als Beitrag abzuführen.

3. Neue Zahlstellen des Verbandes sind in Danzig und in Grünstadt (Pfalz) errichtet und sogleich in Wirksamkeit getreten.

4. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Zahlstellen erhöht oder neu eingeführt worden und von uns genehmigt. Sie betragen jetzt in

| | Männl. Mitgl. pro Woche | Weibl. Mitgl. pro Woche |
|-----------------------|----------------------------|----------------------------|
| Chemnitz | 20 Pf. | 10 Pf. |
| Danzig | 20 " | — " |
| Erlangen | 20 " | 10 " |
| Seidelberg | 10 " | 10 " |
| Langensalza | 10 " | — " |
| Mainz | 20 " | 10 " |

Der Verbandsvorstand.

Neuorientierung der Gewerkschaften.

6. Die Betriebsräte I.

Wenn in unserem letzten Artikel gesagt ist, daß der der Arbeiterschaft auf Grund des Revolutionsrechts zu gebende erweiterte Einfluß auf Betriebs- und Produktion in Formen gebracht werden müsse, die ihr die Ausübung dieses Einflusses erst ermöglichen und daß in dem Räte-system diese Form gefunden sei, dann muß vorab bemerkt werden, daß die Anschauungen über die Volksgewalt der Arbeiterräte die denkbar unterschiedlichsten sind. Das kann nicht anders sein, so lange auf der einen Seite die Räteorganisation als der Weisheit letzter Schluß, auf der anderen aber sie als der Uebel größtes angehen wird. Wo die Meinungen so auseinanderstreben wie in dieser Frage, da wird es einigermaßen schwer halten, eine alle gleich befriedigende Lösung zu finden. Es ist auch nicht zu verkennen, daß sich weite Volkstriebe und vor allem auch die Mehrzahl der führenden Geister unserer Arbeiterbewegung und der Regierung erst unter dem nachhaltigen Druck eines Teiles der Arbeiterschaft mit dem Räte-system näher befreundete. Noch Ende Februar zum Beispiel erklärte die Regierung, daß kein Mitglied des Kabinetts daran denke oder daran gedacht habe, das Räte-system in irgendeiner Form, sei es in der Verfassung, sei es in dem Verwaltungsapparat, einzugliedern. Eine solche Erklärung war zum mindesten sehr furchtsichtig, denn schon damals stand es fest, daß infolge des Druckes eines Teiles der Arbeiterschaft die deutsche Wirtschaftsorganisation ohne das Räte-system nicht bleiben werde.

Schon wenige Tage später mußte sich dieselbe Regierung dazu bequemen, die Arbeiterräte als wirtschaftliche Interessensvertretung grundsätzlich anzuerkennen und in der Verfassung zu verankern. Ueber ihre Abgrenzung, die Form ihrer Wahl und über ihre Aufgaben sollte ein besonderes Gesetz entsprechende Vorschriften bringen. Vorgesehen sollten sein Betriebsarbeiter- und Angestelltenräte, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse als gleichberechtigte Faktoren mitzuwirken haben. Weiter war in der Regierungserklärung gesagt worden, daß zur Kontrolle und Regelung der Produktion und Warenverteilung für alle Industrie- und Gewerbebezweige Arbeitsgemeinschaften gebildet werden sollen, in denen die Unternehmer und Betriebsleiter, Arbeiter und Angestellten und die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen mitzuwirken hätten. Für bestimmte territoriale Bezirke sollten Bezirksarbeiterräte (Arbeitsammern) und für das ganze Reich ein Zentralarbeitsrat gebildet werden, in denen alle selbst Arbeit leistenden, also auch die Arbeitgeber und die freien Berufe vertreten sein sollten. Diese neuerschaffende Organisationsform sollte bei den Sozialisierungsmassnahmen mitwirken und zur Kontrolle der sozialistischen Betriebe und Gewerbebezweige herangezogen werden. Ferner sollten sie alle wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze begutachten und auch das Recht haben, selber solche Gesetze zu beantragen. Dem Zentralrat gestand die Regierung zu, ihn vor der Einbringung wirtschaftlicher und sozialer Gesetze zu hören.

Und wieder nur kurze Zeit später — Anfang April — nahm das Kabinett einen Abänderungsvorschlag zu Artikel 34 der Reichsverfassung an, nach dem die Arbeiterschaft dazu berufen ist, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. In Verfolg dieses Zweckes sollen die beiderseitigen Organisationen und ihre tatsächlichen Vereinbarungen anerkannt werden. Auch in dieser neuerlichen Regierungserklärung waren zur Wahrnehmung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen nach Betrieben und Wirtschaftszweigen gleichberechtigte gesetzliche Vertretungen in Betriebs- und Bezirksarbeiterräten und ein Reichsarbeitererrat vorgesehen. Wirkungs- und Aufgabenkreise waren etwas anders in Aussicht gestellt als wie in der ersten Regierungserklärung zum Rätegesetz. Jetzt wurde bestimmt, daß die Bezirksräte und der Reichsarbeitererrat zur Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und der Bezirkswirtschaftsräte und einem Reichswirtschaftsrat zusammentreten sollen. Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung — eine Einschränkung, die die erste Regierungserklärung nicht enthielt — sollten den Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Auch jetzt noch sollte dieser das Recht haben, seine solche Gesetze beim Parlament zu beantragen, die gleich den Vorlagen der Reichsregierung oder des Reichsrats zu behandeln sein sollten. Ferner sollten die Arbeiter- und Wirtschaftsräte auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse erhalten. Auch diese zweite Regierungserklärung sah ein besonderes Gesetz zur Regelung von Aufbau und Aufgabenkreis der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie deren Verhältnis zu anderen Selbstverwaltungskörpern vor.

Dah sich diese beiden Regierungserklärungen nicht durch besondere Klarheit auszeichnen, hat seine Ursache darin, daß das in beiden Erklärungen angelegte Gesetz über Aufbau und Aufgabenkreis noch nicht erschienen ist und so kein Mensch wissen kann, in welcher Ausweitung sich die Tätigkeit der Arbeiterräte nach den Vorschlägen der Regierung erstrecken soll. Lediglich ein Provisorium hat sie erlassen für die Tätigkeit der Betriebsräte des mitteldeutschen Bergbaus. Darin wird ausgesprochen, daß der Betriebsrat die Vertretung aller Arbeiter und Angestellten des Betriebes ist, der so oft zusammentreten soll, als es von wenigstens zweien seiner Mitglieder oder der Betriebsleitung gewünscht wird. Er hat das Recht der Einsichtnahme in alle Betriebsvorgänge, soweit dadurch keine Betriebsgeheimnisse gefährdet werden können, und er hat durch seinen Rat die Betriebsleitung zu unterstützen und mit ihr für einen möglichst hohen Stand der Produktion zu sorgen. Dabei soll besonders zu beachten sein, daß die Ausführung der mit der Betriebsleitung gefaßten Beschlüsse diese selbst übernehmen soll, der nach wie vor die Leitung des Betriebes zusteht. Ein Eingriff in die Leitung durch selbständige Anordnungen irgendwelcher Art soll dem Betriebsrat nicht gestattet sein. Der Betriebsrat soll für die peinlichste Durchführung der berg- und gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften sorgen und bei Unfalluntersuchungen zugezogen werden. Dreien vom Betriebsrat aus seiner Mitte bezeichneten Personen — darunter mindestens einem Angestellten —, die wenigstens ein Jahr im Betrieb tätig sein müssen, sofern es sich nicht um einen neuen Betrieb handelt, ist auf Verlangen Einblick in alle Vorgänge des Betriebes zu gestatten, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen. Bei Gehalts- und Lohnfragen und Arbeitsbedingungen allgemeiner Natur haben sich Betriebsrat und Betriebsleitung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und der von den wirtschaftlichen Organisationen getroffenen Vereinbarungen zu verständigen. Ueber die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten sollen zwischen den wirtschaftlichen Organisationen besondere Grund-

sätze vereinbart werden, über deren Einhaltung der Betriebsrat zu wachen hat. Streitigkeiten zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung sollen die zuständigen gesetzlichen Körperlichkeiten entscheiden, sofern nicht durch das Zusammenwirken der Betriebsräte mit den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber besondere Schlichtungsstellen errichtet sind.

Dies ist der Stand der Rätefrage, soweit regierungsseitige Äußerungen und Verfügungen darüber vorliegen. Im folgenden geben wir noch die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte wieder, wie sie von der letzten Gewerkschaftsvorständlichen Konferenz angenommen sind zur Diskussion und Beschlußfassung durch den Gewerkschafts Kongress. Anschließend daran soll dann unsere Anschauung zum Ausdruck gebracht werden.

Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte.

Beim Abschluß von Kollektivverträgen sind die Einrichtung und Aufgaben der Betriebsräte gemäß Punkt 7 der Richtlinien über die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften (siehe letzte Nummer der „Buchbinder-Zeitung“) im Sinne der nachfolgenden Bestimmungen zu regeln.

1. In jedem dem Vertrag unterstehenden Betrieb mit mindestens 20 Beschäftigten ist aus den Reihen der über 18 Jahre alten Arbeiter u. Arbeiterinnen ein Betriebsrat in geheimer Wahl zu wählen. In Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten vertritt der Vertrauensmann der Gewerkschaft die Stelle des Betriebsrats mit allen diesem zustehenden Rechten. In den Kollektivverträgen ist die Zahl der Mitglieder des Betriebsrats entsprechend der Zahl der im Betrieb Beschäftigten festzusetzen.

2. Die Wahl des Betriebsrats muß spätestens vier Wochen nach Inkrafttreten eines Kollektivvertrags bzw. nach Eröffnung eines neuen Betriebes stattfinden. Sie erfolgt innerhalb des Betriebes unter der Leitung eines Vertreters der am Vertrag beteiligten Arbeiterorganisation. Bei der Zusammenfassung des Betriebsrats sind die verschiedenen Kategorien und Branchen der im Betrieb beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Für etwaige Zweigbetriebe ist je ein besonderer Betriebsrat zu wählen. Die Betriebsräte der zu einem Unternehmen gehörigen Teilbetriebe haben sich zur gemeinsamen Vertretung der Interessen der gesamten Arbeitnehmer zu verständigen und nach Bedarf gemeinsam zu tagen.

3. Alljährlich finden Neuwahlen der Betriebsräte statt. Für jede Neuwahl gelten die gleichen Vorschriften wie für die erstmalige Wahl. Wiederwahl ist zulässig. Für ausscheidende Mitglieder ist innerhalb vier Wochen nach ihrem Austritt eine Ersatzwahl nach den gleichen Wahlvorschriften vorzunehmen.

4. Für Sitzungen und Verhandlungen während der Arbeitszeit sind die Mitglieder des Betriebsrats vom Arbeitgeber in Höhe ihres durchschnittlichen Arbeitsverdienstes für die veräumte Arbeitszeit zu entschädigen. Von jeder solchen Sitzung ist der Arbeitgeber vorher in Kenntnis zu setzen. Er hat das Recht, an diesen Sitzungen teilzunehmen.

5. Der Betriebsrat hat das Recht, in allen Betriebsangelegenheiten mitzuwirken, an denen die Arbeiterschaft beteiligt ist oder ein berechtigtes Interesse hat. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die notwendigen Beratungen des Betriebsrats im Betrieb zuzulassen und auf Verlangen daran mit seinem Rat und den notwendigen Ausführenden teilzunehmen. Jede Benachteiligung eines Betriebsratsmitglieds in seiner Beschäftigung und Entlohnung ist vom Betriebsrat bzw. von der Schlichtungskommission zurückzuweisen.

6. Der Betriebsrat hat die Pflicht, alle den Arbeitern und Arbeiterinnen gesetzlich und auf Grund eines Kollektivvertrages zustehenden Rechte für dieselben wahrzunehmen und dem Arbeitgeber gegenüber zu vertreten. Er hat dabei das gute Einverständnis der Arbeiterschaft untereinander und mit dem Arbeitgeber ebenso wie das gemeinsame Interesse an einem vorteilhaften Fortgang des Be-

triebs zu berücksichtigen. In Gemeinschaft mit dem Arbeitgeber hat der Betriebsrat sein Augenmerk auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren in dem Betrieb zu richten und die Gewerbeaufsichtsbeamten und andere in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung zu unterstützen. Beschwerden des Arbeitgebers oder der Arbeitnehmer über ein dieser Vorschrift zuwiderlaufendes Verhalten des Betriebsrats sind durch die Schlichtungskommission zu entscheiden.

7. Im einzelnen hat der Betriebsrat mitzuwirken:

- a) bei Einstellungen und Entlassungen im Betrieb. Entlassungen dürfen nur nach Anhörung des Betriebsrats erfolgen;
- b) bei der Einstellung und Verwendung von Frauen und Jugendlichen zur Verrichtung von Männerarbeit;
- c) bei der Festsetzung kürzerer Arbeitschichten wegen Mangel an Aufträgen, oder von Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten in Fällen dringender Notwendigkeit. Der Betriebsrat hat
- d) das Recht, bei jeder Lohn- oder Akkordvereinbarung mit den einzelnen Arbeitern oder Arbeiterinnen des Betriebes mitzuwirken. Er ist insbesondere in jedem Streitfall hinzuzuziehen, wobei er zu vermitteln und auf eine Einigung im Sinne des Kollektivvertrags hinzuwirken hat. Entlassungen wegen Lohn- oder Akkordstreitigkeiten dürfen nicht erfolgen, solange nicht der Betriebsrat zur Schlichtung herangezogen wurde. Die Lohnbücher sind dem Betriebsrat auf Verlangen vorzulegen;
- e) bei der Regelung der Ferien für Arbeiter und Arbeiterinnen die Reihenfolge des Ferienantritts in Gemeinschaft mit dem Betriebsleiter festzusetzen;
- f) bei Beschwerden über die Beschäftigung und Behandlung der Lehrlinge mitzuentcheiden;
- g) bei vorbandenen Mängeln in der Unfallverhütung und den gesundheitlichen Einrichtungen des Betriebes einzugreifen.
- h) Zur Schlichtung von Streitigkeiten jeder Art im Betrieb ist zuerst der Betriebsrat anzuzurufen.

8. Der Betriebsrat ist berechtigt, die Arbeiterschaft des Betriebes zu Versammlungen einzuberufen, die sowohl innerhalb wie außerhalb des Betriebes stattfinden können. Während der Arbeitszeit dürfen Betriebsversammlungen nur in dringenden Fällen und nicht ohne Vorwissen des Arbeitgebers oder seines Stellvertreters stattfinden. An Versammlungen, die im Betrieb stattfinden, kann der Arbeitgeber in jedem Fall mit beratender Stimme teilnehmen.

9. An den Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat können Vertreter der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen teilnehmen. Sie dürfen weder vom Arbeitgeber noch von den Arbeitnehmern des Betriebes zurückgewiesen werden.

Erweiterte Sitzung des Tarifamtes in Leipzig.

Der Verband Deutscher Buchbinderbesitzer hatte durch Schreiben vom 7. Mai an unseren Verbandsvorstand die Mitteilung ergehen lassen, daß für Sonntag, den 11. Mai, eine Sitzung des Tarifamtes einzuberufen geplant sei, wobei man je einen Arbeitgeber aus München, Stuttgart und Berlin zuziehen wolle. Es stände uns frei, auch unsererseits aus den genannten Städten je einen Vertreter hinzuzuziehen. Der Zweck der Zusammenkunft solle sein, eine unverbindliche Besprechung darüber zu führen, wie wir uns die Erneuerung des Tarifes und die Durchführung der von unserem Verbandsvorstande abermals verlangten Forderungszulagen dächten.

Die auf dem Verbandsbüreau tätigen Mitglieder des Verbandsvorstandes erklärten darauf dem Verband Deutscher Buchbinderbesitzer telegraphisch, daß sie mit einer solchen unverbindlichen Aussprache einverstanden seien und dementsprechend ihre Einladungen ergehen lassen würden.

Die Sitzung wäre beinahe nicht zustande gekommen, weil am Sonntag die Truppen der Reichs-

regierung unter General Märker in Leipzig etr- rüaten, der Belagerungszustand verhängen (damit auch alle Zusammenkünfte unterliegen), um den Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat zur Anerken- nung der Beschlüsse der Reichsregierung und der sächsischen Regierung zu zwingen. Eine Stunde wur- den zwei unserer Vertreter, Kollege Kloth vom Ver- bandsvorstand und Kollege Czerny von der Berliner Tarifkommission im Leipziger Volkshaus, wo sie übernachtet hatten, festsagen gefangen gehalten, da- niemand aus- noch eingehen durfte.

Die Sitzung selbst wurde eröffnet mit einer Ansprache des Herrn Direktors Kummel, während der er erklärte, daß der geschäftliche Stand keine neuen Teuerungszulagen zulasse, und daß man im übrigen auch nicht sklavisch dem folgen dürfe, was für das Buchdruckergerwebe beschlossen würde, denn in diesem Falle entfiel ja eigentlich jede Notwendig- keit, noch gemeinsame Sitzungen der beiderseitigen Vorstände im Buchbindergerwebe abzuhalten.

Kollege Kloth erwiderte ihm, daß von einer sklavischen Nachahmung natürlich nicht die Rede sein könne, sondern der wirtschaftliche Zusammen- hang im graphischen Gewerbe habe es von selbst mit sich gebracht, daß in vielen Städten bereits die graphische Arbeiterschaft aus eigenem Entschluß ge- meinsame Forderungen gestellt und sie auch durchge- führt hätten. Deshalb hätte sich unser Verbands- vorstand auch an den Deutschen Buchdruckerverein und an das Tarifamt mit dem Ersuchen gewandt, zu der am 14. Mai stattfindenden Sitzung des Tarif- ausschusses der Deutschen Buchdrucker zugelassen zu werden, und aus den nämlichen Gründen verlange er auch von den Buchbinderbeiträgern die nämliche Erhöhung der Teuerungszulagen, wie sie am 14. Mai von den Buchdruckerbeiträgern zugestanden werden würden.

Vertreter beider Verbände griffen mit in die Aussprache im Sinne der beiden Redner ein. Da wir aber schnell die Kollegenchaft unterrichten wollten, müssen wir auf die Wiederergabe der Reden verzichten.

Nach einer Sonderbesprechung der Arbeiterver- treter erklärten diese auf eine vorher gefasste be- zügliche Anfrage der Arbeitgeber folgendes:

„Die grundsätzliche Stellung zur Afford- arbeit wird erst nach Befragung der Arbeiterschaft, die in kurzem geschehen wird, genommen werden können. Die neue Teuerungszulage für Beilohn- arbeiter muß in Höhe der den Buchdruckern ge- währten bewilligt werden. Soll für die Afford- arbeiter die neue Teuerungszulage in Gestalt eines Zuschlages auf die Affordpreise in Kraft treten, dann ist ein Zuschlag von 40 Proz. unumgäng- lich notwendig.“

Die Arbeitgebervertreter wollten sich zu einer Teuerungszulage für Beilohnarbeiter überhaupt nicht verstehen und für Affordarbeiter nur 10 Proz. Zuschlag bewilligen.

In der Aussprache wurde von den beiderseitigen Vertretern erklärt, daß bei einer eventuellen Er- höhung des Affordtarifs diese Erhöhung nicht über einen Stamm geschoren werden dürfe, sondern ab- teilungsweise geschehen müsse. Die Arbeitgeberver- treter erklärten, daß sie unter allen Umständen aus volkswirtschaftlichen und geschäftlichen Gründen an der Weichhaltung der Affordarbeit festhalten müßten. Sollten nun einmal die Betriebe ruiniert werden, dann käme es ja schließlich nicht so genau darauf an, ob es etwas früher oder später geschähe.

Wie wir nochmals hervorheben wollen: die er- weiterte Tarifamtssitzung war eine unverbindliche Besprechung, daher einigten sich beide Parteien auf eine gemeinschaftliche Sitzung für Dien- sttag, den 27. Mai, in Leipzig, in der zu den geforderten neuen Teuerungszulagen endgültig Stellung genommen werden soll, und wo zugleich alle tariflichen Fragen, einschließlich der Einführung eines auch von dem Verband Deutscher Buchbinderbeiträge gewünschten Reichstarifs, er- örtert werden sollen.

An der Sitzung nahmen teil von Arbeitgeber- seite Vertreter aus Berlin, Leipzig und Regensburg, München und Stuttgart waren nicht vertreten. Von unserer Seite waren amwesend: die Kollegen Kloth vom Verbandsvorstand, Czerny-Berlin, Bergmann, Gese, Vengin vom Tarifamt und außerdem Höber, Thalheim und Wierdie aus Leipzig und Hem- minger-Stuttgart. München hatte trotz Einladung, wahrscheinlich wegen Verkehrsschwierigkeiten, keinen Vertreter entsandt.

Sonderbare Kompetenzkonflikte

Haben sich im Anschluß an die Schreiben unseres Verbandsvorstandes an das Tarifamt der Buch- drucker und den Deutschen Buchdruckerverein erge- ben, von denen wir unter „Neue Regelung der Löhne“ unseren Mitgliedern in letzter Nummer Kenntnis gaben. Der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins bezeichnet in seinem Antwort- schreiben das Tarifamt der Buchdrucker als die hier- für allein zuständige Stelle und das Tarifamt in seinem Antwortschreiben — den Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins. Selbstverständlich können wir uns bei diesen Antworten nicht beschei- den, und darum ist erneut von beiden Stellen ver- langt worden, durch zentrale Vereinbarungen die Frage der Teuerungszulagen für die Druckerei- buch- binder und die Buchbindereiarbeiterinnen zu regeln. So kann es jedenfalls nicht geben, daß infolge von Meinungsverschiedenheiten über die Zuständigkeit die Angelegenheit selbst im Sande verlaufen soll.

Aus unserem Beruf.

Arbeitslosenstatistik. An der monatlichen Er- hebung für das Statistische Reichsammt und den Lan- dschaft der Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der deutschen Fachverbände haben sich im Monat April von unserem Verband 128 Gauen und Zahlstellen mit zusammen 52 711 Mitgliedern beteiligt. Die Ver- waltungen der 5 Zahlstellen in Gage n. B., Mün- chen, Sletzin, Weihenfelds und Gau 17 haben trotz erfolgter Mahnung die Berichtskarten nicht rechtzeitig eingekandt, so daß diese mit 1921 Mitgliedern an dem Ergebnis der Erhebung nicht be- teiligt sind.

In den an der Erhebung beteiligten 128 Gauen und Zahlstellen mit 16 498 männlichen und 36 213 weiblichen, zusammen 52 711 Mitgliedern, wurden an dem für den Monat April angefesten Stichtag — dem 26. April — 1734 männliche und 1299 weibliche an Ort befindliche sowie 8 männliche durchreisende, insgesamt also 3038 arbeitslose Mitglieder festgest. Demnach hat sich in diesen berichtenden 120 Gauen und Zahlstellen im Monat April die Mit- gliederzahl wieder um 4983 — 1278 männliche und 3710 weibliche — erhöht, während die Zahl der Ar- beitslosen in diesen Orten insgesamt gegenüber dem Ergebnis vom Stichtag im Monat März wieder um 228 — 81 männliche und 147 weibliche — geringer ist. Prozentual berechnet kamen auf je 100 Mit- glieder bei den männlichen 10,6, bei den weiblichen 3,6 und bei beiden zusammen 5,8 Arbeitslose. Ein Vergleich über den Umfang der Arbeitslosigkeit in den Vormonaten und in den gleichen Monaten der letzten drei Jahre ergibt folgendes Bild:

| Monat | Arbeitslose Mitglieder am Stichtag (in Proz. u. auf der Stelle befindlich) | | | Arbeitslose auf je 100 Mitglieder | | | | |
|-----------|--|------|------|-----------------------------------|------|------|-----|-----|
| | m. | w. | auf. | 1918 | 1917 | 1916 | | |
| 1918 | | | | | | | | |
| Januar | 81 | 298 | 324 | 0,6 | 2,0 | 1,6 | 2,5 | 6,3 |
| Februar | 27 | 251 | 278 | 0,5 | 1,7 | 1,4 | 2,3 | 6,5 |
| März | 15 | 270 | 285 | 0,3 | 1,8 | 1,4 | 2,1 | 5,4 |
| April | 94 | 241 | 275 | 0,8 | 1,6 | 1,4 | 2,4 | 5,1 |
| Mai | 99 | 200 | 229 | 0,5 | 1,4 | 1,1 | 1,8 | 5,2 |
| Juni | 20 | 194 | 214 | 0,4 | 1,8 | 1,1 | 1,4 | 5,2 |
| Juli | 27 | 158 | 185 | 0,5 | 1,1 | 0,9 | 1,7 | 5,3 |
| August | 25 | 154 | 179 | 0,4 | 1,0 | 0,9 | 1,5 | 4,5 |
| September | 21 | 197 | 218 | 0,4 | 1,3 | 1,0 | 1,6 | 4,1 |
| Oktober | 18 | 154 | 172 | 0,3 | 1,0 | 0,8 | 1,3 | 3,9 |
| November | 323 | 429 | 752 | 3,4 | 2,0 | 2,7 | 1,2 | 3,0 |
| Dezember | 1128 | 1142 | 2270 | 11,8 | 4,6 | 6,5 | 1,6 | 2,5 |
| 1919 | | | | | | | | |
| Januar | 2963 | 2497 | 4960 | 21,8 | 9,4 | 13,0 | 1,6 | 2,5 |
| Februar | 2039 | 1928 | 3967 | 15,1 | 6,4 | 9,1 | 1,4 | 2,3 |
| März | 1318 | 1446 | 2764 | 11,0 | 4,3 | 6,0 | 1,4 | 2,1 |
| April | 1737 | 1299 | 3036 | 10,6 | 3,6 | 5,8 | 1,4 | 2,4 |

| Monat | Arbeitslose Mitglieder am Stichtag (in Proz. u. auf der Stelle befindlich) | | | Arbeitslose auf je 100 Mitglieder | | | | |
|-----------|--|------|------|-----------------------------------|------|------|-----|-----|
| | m. | w. | auf. | 1918 | 1917 | 1916 | | |
| 1918 | | | | | | | | |
| Januar | 81 | 298 | 324 | 0,6 | 2,0 | 1,6 | 2,5 | 6,3 |
| Februar | 27 | 251 | 278 | 0,5 | 1,7 | 1,4 | 2,3 | 6,5 |
| März | 15 | 270 | 285 | 0,3 | 1,8 | 1,4 | 2,1 | 5,4 |
| April | 94 | 241 | 275 | 0,8 | 1,6 | 1,4 | 2,4 | 5,1 |
| Mai | 99 | 200 | 229 | 0,5 | 1,4 | 1,1 | 1,8 | 5,2 |
| Juni | 20 | 194 | 214 | 0,4 | 1,8 | 1,1 | 1,4 | 5,2 |
| Juli | 27 | 158 | 185 | 0,5 | 1,1 | 0,9 | 1,7 | 5,3 |
| August | 25 | 154 | 179 | 0,4 | 1,0 | 0,9 | 1,5 | 4,5 |
| September | 21 | 197 | 218 | 0,4 | 1,3 | 1,0 | 1,6 | 4,1 |
| Oktober | 18 | 154 | 172 | 0,3 | 1,0 | 0,8 | 1,3 | 3,9 |
| November | 323 | 429 | 752 | 3,4 | 2,0 | 2,7 | 1,2 | 3,0 |
| Dezember | 1128 | 1142 | 2270 | 11,8 | 4,6 | 6,5 | 1,6 | 2,5 |
| 1919 | | | | | | | | |
| Januar | 2963 | 2497 | 4960 | 21,8 | 9,4 | 13,0 | 1,6 | 2,5 |
| Februar | 2039 | 1928 | 3967 | 15,1 | 6,4 | 9,1 | 1,4 | 2,3 |
| März | 1318 | 1446 | 2764 | 11,0 | 4,3 | 6,0 | 1,4 | 2,1 |
| April | 1737 | 1299 | 3036 | 10,6 | 3,6 | 5,8 | 1,4 | 2,4 |

Der Streik in der Berliner Kartonbranche.

In der am 4. April stattfindenden Branchen- versammlung der Kartonarbeiter erstattete Gregor Bericht von den Verhandlungen mit den Arbeitgebern zwecks Abschluß eines neuen Tarifs. Die Verfam- melten waren empört über die gemachten niedrigen Zugeständnisse der Arbeitgeber und beschlossen in ge- meiner Abstimmung mit 386 gegen 24 Stimmen den sofortigen Streik. Die Kommission erhielt den Auf-

trag, an den aufgestellten Forderungen festzuhalten und auf dieser Grundlage weiter mit den Arbeit- gebern zu verhandeln. Am 5. April, dem ersten Streiktag, beanden sich circa 1000 Kolleginnen und Kollegen im Ausstand. Diese Zahl erhöhte sich im Laufe der nächsten Tage auf circa 1200. Nach geschäftiger Streikdauer schlossen die Wellpappenfabri- kanten mit uns ein Provisorium ab und gewährten den bei ihnen Beschäftigten bis zum Abschluß des Reichstarifs eine wöchentliche Zulage von 17,50 M. für weibliche und 27,50 M. für männliche Arbeit- nehmer. Die für diese Betriebe in Frage kommen- den Arbeiter nahmen am 22. April die Arbeit wie- der auf.

Da wir mit den Arbeitgebern zu einer Ver- ständigung nicht kommen konnten, wandten sich beide Parteien an den Schlichtungsausschuß zur Vermitte- lung. Nach mehrtägigen Verhandlungen kam es zur Beistandigung und zu einem Tarifabschluß unter Mitwirkung des Schlichtungsausschusses. Der Tarif läuft bis zum 31. März 1920.

Erzielt wurde für Zuschneider, Mäßer, Wiener und Lagerverwalter eine Zulage von 15 M. pro Woche, der Mindestlohn soll aber 95 M. betragen. Die Mehrzahl der Kollegen bezog bisher einen Lohn von 60 M. und weniger, so daß im Durchschnitt eine Aufbesserung von 35 M. pro Woche erzielt wurde. Weibliche Bezugsarbeiterinnen, Mieterinnen und Arbeiterinnen der Holzbranche erhalten eine Zulage von 8 M. pro Woche, der Mindestlohn soll 52 M. betragen. Für Hilfsarbeiter von 14 bis 20 Jahren werden gezahlt 22 bis 30 M., für Hilfsarbeiterinnen von 14 bis 16 Jahren 20 bis 32 M. Ledige Hilfs- arbeiter über 23 Jahre erhalten 70 M. (Zulage 10 M.), verheiratete Hilfsarbeiter 85 M. (Zulage 10 M.). Für Postmeister 175 Proz. Zuschlag, für Leistmeister 150 Proz., für Bezugsarbeiterinnen 150 Proz. auf die Friedenspreise; während des Krieges neu eingeführte Löhne bleiben bestehen. Ferner nach einjähriger Tätigkeit drei Tage, steigend um je einen Tag bis zu sechs Tagen nach vierjähriger Tätigkeit. Arbeiterauschüsse, die bei wirtschaftlichen und Entlassungsangelegenheiten mitzubestimmen haben, werden gebildet. Nachdem die Branchen- leitung die Annahme dieser Bedingungen empfohlen hatte, beschloßen die Streikenden mit 586 gegen 74 Stimmen, die Arbeit am 5. Mai wieder aufzu- nehmen.

Bericht vom Gantag des Gau's 14/15.

Abgehalten Otern in Worsheim.
Der Gantag wurde am Ostermontag um 1210 Uhr vom Gauleiter Dürr-Lahr mit herzlichen Worten der Begrüßung eröffnet. Begrüßungsworte an die zahlreich erschienenen Gaunmitglieder richtete Mann-Worsheim namens der Zahlstelle und Gewerkschaftsbeamter Kluge für das Gewerkschaftskartell. Außer dem Gauvorsitzenden waren Delegierte aus Freiburg, Heilbronn, Karlsruhe, Kaulzang, Lahr, Worsheim, Neutlingen, Stuttgart, Trossingen, Wüppingen und Oos erschienen. Wüppingen, Wüppingen, Trossingen und Gaggenau waren nicht vertreten.

Zur Leitung der Verhandlungen wurden Dürr- Lahr und Mann-Worsheim als Vorsitzende, Huber- Winter-Karlsruhe und Wauer-Lahr als Schrift- führer gewählt. Die Tagesordnung war eine sehr reichhaltige und umfasste folgende Punkte:

1. Die Agitation in Baden und Württemberg und Berichte über den Stand der Organisation im Gau und in den Zahlstellen. (Referent: Dürr-Lahr.)
2. Die Verfügung des Reichsdemobilisierungs- amts vom 4. Januar 1919 und Betriebsrat- organisation. (Referent: Drehschmid-Stuttgart.)
3. Beschlusfassung über die vorliegenden An- träge.
4. Lohnbewegungen, Tarifverträge, Reichs- und Bezirksstarife. (Referent: Gemminger-Stutt- gart.)
5. Verschiedenes.

Auf Antrag Huber-Winters wird beim 3. Punkt noch der bevorstehende Gewerkschaftskongreß und Verbandstag mitbehandelt.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung ging Dürr auf die verschiedenen Lohnbewegungen ein, die seit dem Gantag in Heilbronn 1918 im Gau geführt wurden. Es war vor allem der Tarif der Karton- nagenbranche in Stuttgart zu nennen, der günstig abgeschlossen wurde. Ebenso kam man mit der Lohn- bewegung in Trossingen zufrieden sein. Sodann ging er auf den verlorenen Streik in Lahr ein. Er sprach in ehrenden Worten des leider viel zu früh verstorbenen Kollegen Oskar Scheider. Nach dessen Tod führten abwechselnd die Kollegen Hemminger, Wender und Leiniger die Geschäfte der Zahlstelle und des Gau's. Am 1. Juli 1914 übernahm Dürr

die Geschäfte als Angestellter. Er fand ein reiches Tätigkeitsfeld vor und wurde durch Hausagitation berufen, die Organisation zu leiten. Diese Tätigkeit wurde anfangs April 1915 durch seine Einziehung bis zur Entlassung anfangs 1919 unterbrochen. Die Hausgeschäfte wurden solange von Stuttgart aus miterledigt. Nach der Revolution setzte allerorts eine lebhaftere Bewegung für Erhöhung der Feuerungszulagen ein. So ergab sich man z. B. in Vahr Mehrlohn für Gehilfen von 5 bis 10 Mk. und für Arbeiterinnen von durchschnittlich 3 Mk. pro Woche.

Die Mitgliederbewegung war eine außerordentlich erfreuliche. Etwa doch die Zahl der Mitglieder seit dem Goutag in Heilbronn auf das Doppelte. Die Bewegung der Mitglieder war wie folgt:

| | männl. | weibl. | zuf. |
|-------------------------|--------|--------|------|
| Goutag Heilbronn . . . | 1745 | 1192 | 2941 |
| 1. Juli 1914 | 1568 | 1112 | 2780 |
| 31. Dezember 1918 . . . | 981 | 1440 | 2420 |
| 1. April 1919 | 2080 | 3231 | 5320 |

Burgzeit zählt der Gau über 6000 Mitglieder. Zum. Deere eingezogen waren 1043; gefallen oder im Felde gestorben sind 171 Mitglieder. Da nach der Berufsstärke des Verbandsvorstandes einschließlich Effah-Vollbringen 8186 Berufsangehörige vorhanden sind, kann man mit 75 Proz. als organisiert rechnen. Sehr gut haben verschiedene Zahlstellen und Orte abgegrenzt und mußte festgestellt werden, daß es überall vorwärts gegangen ist. So war die anfangs nach dem Waffenstillstand aufgewachte Frage, ob der Gewerkschaft in Vahr verbleiben kann, ohne weiteres in bejahendem Sinne erledigt. Einen sehr erfreulichen Fortschritt hat der Verband in der äußersten Ecke des württembergischen Schwarzwaldes erlangt. So haben wir z. B. in Trofingen über 350, in Luchingen über 100 und in Albingen über 100 Mitglieder. Aber auch andere Verbände haben ihre Agitationsfähigkeit bei unseren Berufsangehörigen ausgebaut. So sind in Göttingen eine größere Zahl von Kartonnagenarbeiterinnen im Fabrikarbeiterverband und hat derselbe in Kirchheim a. T. über 500 Kartonnagenarbeiterinnen als Mitglieder. Es muß dahin getrebt werden im Interesse einer einheitlichen Bewegung, daß diese Berufsangehörigen unserem Verband übergeschrieben werden. Auch der Metallarbeiterverband hat in Weßlingen a. T. eine größere Anzahl in der Kreisabteilung der Württembergischen Metallwarenfabrik organisiert. Die Zahl der Einzelmitglieder ist auch ganz erheblich gestiegen, von 18 auf über 270. Seit 1. April sind allein 90 Aufnahmen zu verzeichnen. Am rapidesten hat sich Heilbronn entwickelt, wo infolge der gestiegenen Arbeiten ein Kollege auf vorläufig ein Vierteljahr freigestellt ist. Der Wunsch auf dem Heilbronner Goutag, die Zahl der Mitglieder auf 4000 zu bringen, ist weit darüber hinaus in Erfüllung gegangen. Nur muß überall dahin getrebt werden, die Mitglieder auch zu halten.

Die Diskussion über das Referat war eine sehr lebhaft. Zuerst behandelt Schäfer-Konstanz die schwierigen Agitations- und Organisationsverhältnisse in Konstanz als Grenzstadt. Der Antrag der dortigen Zahlstelle auf mehr Bewegungsfreiheit der einzelnen Zahlstellen wurde zurückgewiesen. Döpf-Freiburg schilderte die Schwierigkeit bei der Agitation, da der christliche geographische Verband eine große Tätigkeit entfalte. Trotzdem geht es auch dort voran. Ein Antrag von Freiburg, daß Erwerbslose, die mehr als 7 Mk. für den Tag Unterstützung beziehen, auch Beiträge zu zahlen haben, wurde umgewandelt. So wurde einstimmig der Antrag angenommen, daß der Verbandstag beschließen möge, daß alle Mitglieder, die Einkommen beziehen, auch Beiträge zu zahlen haben. Huber-Winter-Karlruhe gibt seiner Freude über den gewaltigen Fortschritt in unserm Gau Ausdruck. Nur bedauert er, daß es andern Verbänden vor uns gelungen ist, eine so große Anzahl Berufsangehöriger zu organisieren. Am bedauerlichsten ist es, daß in Wüggersur kein freier, sondern der christliche Fabrikarbeiterverband uns zuvor gekommen ist. Jedemfalls muß anerkannt werden, daß Goutagstand und alle Zahlstellenverwaltungen und einzelne Mitglieder voll und ganz ihre Schuldigkeit getan haben. Auf die Ergebnisse unseres Gaus können wir stolz sein. Söhner-Trofingen schildert den Hergang der Organisationsentwicklung und des günstigen Tarifabschlusses in dortiger Gegend. Er ist mit dem Antrag, im Schwarzwald eine Bezirkszahlstelle mit Sekretariat zu errichten, einverstanden. Wenn von unserm Verband in dieser Hinsicht nichts getan wird, so kann man mit Sicherheit rechnen, daß andere Gewerkschaften versuchen werden, uns die gewonnenen Mitglieder abzurufen. Drehwald-Stuttgart ist der Ansicht, daß nicht die Organisation in erster Linie an unserm großen Erfolg schuld sei, sondern daß durch die Revolution der

Druck von manchen Berufskategorien weggenommen wurde und die Gemüter eine andere Richtung im Denken und Fühlen nahmen. Er ist der Meinung, daß der Verbandsvorstand in bezug auf Freistellung von Kräften, hauptsächlich im Schwarzwald, nicht zu engberzig sein darf. Mit der Erennung des Gaus 14/15 ist er vollkommen einverstanden und wünscht wie Huber-Winter die Zuteilung des Teils von Baden im Gau 11/13 zum Gau Baden. Mit dem Niveau der „Buchbinder-Zeitung“ ist er gar nicht zufrieden. In andern Verbandsorganen würden viel mehr agitatorisch und belehrend wirkende Artikel gebracht. Mit dem Ausbau der Organisation muß allerdings eine Erhöhung der Beiträge erfolgen. Kleinnecht-Heilbronn berichtet über die Erfolge dort. Es waren 68 Versammlungen nötig, um die große Zahl der Organisierten zu erreichen. Er wünscht ein besseres Agitationsmaterial, auch in Form von Flugblättern. Frau Ger-Neulingen gab ein Bild über die dortigen Verhältnisse, wonach in der Papierfabrik Ernst Wolph eine sehr große Anzahl im Fabrikarbeiterverband organisiert seien. Dasselbst sind 1000—1200 Berufsangehörige beschäftigt. Allerdings besteht dort eine Willkürherrschaft, indem der Werkmeister zugleich die Fabrikantinnie inne hat. Der Widerstand gegen einen höheren Beitrag liegt viel bei den Kollegen. Die Heilbronn ist mit dem Inhalt der „Buchbinder-Zeitung“ unzufrieden. Er wünscht für Heilbronn dauernd einen Angestellten. Bayerbach-Stuttgart glaubt, daß die niedrigen Beiträge die Berufsangehörigen zum Eintritt in den Fabrikarbeiterverband veranlassen. — Im Schlusswort gab Dürr seine Zufriedenheit mit der Debatte kund. Nämlich wurden folgende Anträge einstimmig angenommen:

1. Der Goutag beantragt beim Verbandsvorstand die sofortige Herausgabe von geeignetem Agitationsmaterial, welches den neuen durch die Revolution geschaffenen Verhältnissen Rechnung trägt.
2. Als 1. Juli 1919 wird von den Einzelmitgliedern ein Goutagbeitrag erhoben. Derselbe beträgt in der 1. und 2. Klasse 5 Pf., in der 3. und 4. Klasse 10 Pf. in der 5. Klasse 15 Pf.
3. Der Goutag beantragt, daß auf dem bisherigen Gau 14/15 zwei Gaus gebildet werden. Württemberg soll von Stuttgart und Baden von Vahr bearbeitet werden. Zum Gau Baden sollen die badischen Teile des Gaus 11/13 zugewiesen werden.
4. Der Goutag beantragt, für das ganze Schwarzwaldgebiet eine Bezirkszahlstelle mit dem Sitz in Trofingen zu errichten. Um in derselben die Kassengeschäfte zu führen, die Agitation und Organisation zu leiten, ist ein Bezirkssekretär für den Schwarzwald baldigst anzustellen.

Drehwald-Stuttgart erstattete nun das Referat zum 2. Punkt der Tagesordnung. Er schilderte die neuen Verhältnisse, die durch die Revolution geschaffen wurden. Durch radikale Elemente hervorgerufen, würde hauptsächlich in Großstädten eine Antipathie gegen Gewerkschaftseinrichtungen und Führer hervorgerufen. Es sind das meistens Leute, welche vor der Revolution keiner Gewerkschaft oder der „Gelben“ angehört. Berechtigung zur Zustimmung sei durch die herrschende Notlage zu vorhanden, aber diese dürste sich nicht durch wilde Streiks und sinnlose Forderungen geltend machen. Nur durch die Gewerkschaften könnte den Forderungen Nachdruck verliehen werden. Allerdings habe während des Krieges durch die stete Drohung mit dem Schützengraben der alte Kampfesgeist sehr gelitten. Wenn gegen die Politik der Gewerkschaftsführer Sturm gelaufen wurde, so müsse beachtet werden, daß alle Nationen bekräftigt waren die Folgen eines verlorenen Krieges von der Arbeiterschaft fernzuhalten. Durch die Revolution hätten viele Arbeiter geglaubt, daß die A.- und S.-Räte in Kürze andere Verhältnisse schaffen könnten. Dies wäre aber daran gescheitert, daß das Proletariat nicht einig und kein klares Aktionsprogramm vorhanden gewesen sei. Dem Sozialisierungsgedanken könnte weit mehr Rechnung getragen werden durch Betriebsräte, die zu Arbeiterkammern zusammengeschlossen werden müßten. Dieselben hätten die Verwaltung und Regelung der Produktion und Führung der Betriebe zu bestimmen. Den gesetzgebenden Körperschaften wären die Kammer als beratende und begutachtende Stellen beizugeben. Auch beim Ausbau der sozialen Gesetzgebung und bei der Sozialisierung hätten sie mitzuwirken. Referent meint, wenn wir nicht bald zur praktischen Arbeit zurückkehren, wir nur der Reaktion in die Hände arbeiten würden. Auch die Ministerien dürften nicht so in ihrer Arbeit gestört werden durch Ueberlaufen von Petenten. Er schlägt folgende Resolution vor; die mit 11 gegen 7 Stimmen angenommen wurde.

„Der Goutag des Gaus 14/15 des Deutschen Buchbinderverbandes ersucht die württembergische und badische Regierung, die angelegte Schaffung von Be-

triebsräten schleunigst in einer Gesetzesvorlage den Verbandsverammlungen vorzulegen. Die Vorlage soll der Arbeiterschaft aller Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern und Angestellten ein Mitbestimmungsrecht auf die Geschäftsführung und Gestaltung der Produktion gewährleisten.“

Mit dem Kreis dr. Betriebsräte soll eine Körperschaft (Arbeiterkammer) gewählt werden, die den gesetzgebenden Körperschaften als beratende und begutachtende Behörde beigegeben wird.

Die Vorlage ist mit den Verbänden der Arbeiter und Angestellten vorzubereiten.“

In der Debatte verlangt Dietrich-Frozheim, daß vor allem die Kriegsgesellschaften aufgelöst werden müssen. In kleineren Orten hält er Arbeiterräte auf festerer Grundlage wirksamer als Betriebsräte. Huber-Winter-Karlruhe weist darauf hin, daß man der Unzufriedenheit der Arbeiterschaft nachzugeben hätte. Nur mit verheißender Tätigkeit einzelner Elemente kann die Sache nicht geklärt werden. Die Arbeiterschaft hatte durch die uneingeschränkte „Durchhaltepolitik“ der politischen und auch gewerkschaftlichen Führer diesen sehr viel Mühen entgegengebracht. Auch die einengenden Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes konnten zum besseren Vertrauen nicht beitragen. Jedenfalls hätte in dem Augenblick, als Genosse Scheidemann erklärte, daß wer an den Sieg glaube, ein Razz wäre, Front gegen die Rubendorfpolitik gemacht werden müssen. Außerdem erhöht die Einrichtung der Freiwilligenkorps mit ihren reaktionären Elementen und den alten Offizieren als Führern, die schärfste Gegner der Sozialdemokratie waren, das Vertrauen zu den „sogenannten“ Volksregierungen nicht. Auch daß man so viel den aktiven Unteroffizieren und Offizieren glaubt, wenn sie behaupten, auf dem Boden der Keuzig zu stehen, trägt zur Mißstimmung bei. Man braucht bloß an das beträuerliche Verhalten der 150 aktiven Unteroffiziere in Wramschauzig zu denken. So wie dort, kann es uns als Wehrheitspartei auch einmal passieren. Die Reaktion kann sich nur durch bewährte Macht durchsetzen, und diese schaffen unsere Regierungen durch die Freiwilligenkorps mit den Offizieren, die ganz im wilhelminischen Geist handeln. Denn wenn gelernt wurde, auf Befehl aus Vahr, Winter und Bruder zu schießen, der kann nicht als Schlichter einer „sozialistischen“ Republik angesehen werden. Dagegen und für Schaffung von wirklichen Volkskammern müssen sich alle Genossen von der Wehrheitspartei zusammenschließen. Aber trotz berechtigten Mißtrauens wäre es verfehlt, alle Führer anzugreifen, sondern man muß gerecht urteilen. Das Kind darf nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden, denn die größte Zahl der Angestellten hat zweifelsohne ihre Pflicht und Schuldigkeit getan. Ebenso ist er überzeugt, daß alle glaubten, dem Wohl der Arbeiterschaft zu dienen. Schäfer-Konstanz führt einen Fall an, wo die Direktion einer Fabrik einfach die Wahl zu einem Arbeiterausschuß selbst machte. Das kann natürlich nicht zum Ansehen der Arbeiterausschüsse beitragen. Bayer-Stuttgart hält die Politik der Gewerkschaften auch nicht immer für richtig, doch müsse ein System, nicht ein Personenwechsel eintreten. Kleinnecht-Heilbronn hätte es lieber gesehen, der Referent wäre nicht auf das politische Gebiet eingegangen. Er kritisiert scharf das Verhalten des Verbandsvorstandes, der der Polizei in Düsseldorf Kenntnis von einem Flugblatt der U. S. P. gegeben haben soll, das diese im Jahre 1915 mit der „Buchbinder-Zeitung“ verbreiten wollten. Eine Einigung des Proletariats müsse erfolgen, jedoch nicht ohne, sondern mit den Führern. Er ist gegen die Resolution, Bayerbach-Stuttgart ist für Verberung des Systems und dafür, daß die Führer zu tun haben, was die Massen wollen. Nur die Unternehmer machen sich die gegenwärtige Stellung der Führer zunutze. Er bespricht die Willkürherrschaft in Stuttgart während des Generalkonflikts. Die Heilbronn führt aus, daß an der Zustimmung die Führer nicht immer schuldlos seien. Bei der Revolution hätten die Volksbeauftragten mehr Initiative entwickeln müssen. Vor allem müßten alle Vorkaufhaben beschlagnahmt werden. Döpf-Freiburg teilt mit, daß die große Mehrheit der oberbadischen Arbeiterschaft für Arbeiterräte und gegen Betriebsräte seien. Dürr-Lahr ist für Betriebsräte und mehr gewerkschaftliche Schulung und Erziehung zum persönlichen Mut. Er ist mit der Politik der Partei und der Gewerkschaften während des Krieges einverstanden. Durch die Debatte gegen die Gewerkschaften können wir leicht um die Erfolge der Revolution kommen. — Hierauf nahm Drehwald in großen Zügen im Schlusswort Stellung zu der Debatte und empfahl Annahme der Resolution.

Die Sitzung wurde am Ostermontag fortgesetzt. Zuerst wurde zum Generalkonfliktangreiff Stellung genommen. Drehwald-Stuttgart

findet es nicht für richtig, daß der Verband nur in einen Wahlkreis eingeteilt wurde. Auch hätte er es für richtiger gehalten, wenn der Verbandsvorstand den Verbandsvorsitzenden und den Redakteur ebenfalls mit zur Wahl gestellt hätte. Kleinrecht-Heilbronn meint, man soll einen Protest an den Verbandsvorstand richten, da der Kongreß von großer Bedeutung sei. Nach unumfänglicher Debatte einigte man sich dahin, mit den übrigen süddeutschen Gauen in Verbindung zu treten, damit nicht Norddeutschland, Berlin und Leipzig alle Mandate erhalten und Süddeutschland leer ausgeht. Für Gau 14/15 wird den Bezirksstellen einstimmig Gemininger-Steinhardt empfohlen.

Bezüglich des kommenden Verbandstages wird vorgeschlagen, daß erst die Tagesordnung und die Debatte in der „Buchb.-Ztg.“ abgewartet werden sollte. Dann wäre Stellungnahme in den einzelnen Bezirksstellen am besten. Der Gau tag war mit diesem einberufen.

Sodann wurde zur Frage der Afford- und Heimarbeiter Stellung genommen. Alle waren der Ansicht, daß diese beiden abgebaut und so rasch als möglich ganz verschwinden müssen. Ein gemeinsames Verbot wäre das beste. Eine Stimmung für Afford war bei keinem Delegierten vorhanden. Man einigte sich auf folgende zwei Resolutionen, die einstimmig angenommen wurden.

1. Der Gau tag des Gaus 14/15 fordert die Befreiung der Affordarbeit. Den Bezirksstellen wird zur Aufgabe gemacht, bei Lohnbewegungen die Affordarbeit soviel als möglich einzuschränken, bis die völlige Befreiung durchzuführen ist.

2. Der Gau tag des Gaus 14/15 verlangt die möglichst vollste Befreiung der Heimarbeiter. Zutun muß dem Absatz 5 des Reichstarifs für die Eisindustrie nebst dem Absatz 2 der Ausführungsbestimmungen desselben Tarifs betreffs Heimarbeiter überall größtes Augenmerk zugewendet werden.

Anstelle des am Erscheinen verhinderten Kollegen Gemininger-Stuttgart hielt Dürr-Bahr das einleitende Referat über Reichstarife und Lohnbewegungen. Er führte aus, daß nach der Revolution die Lohnbewegungen auch in unserm Gau überall einsetzten. Die Erfolge waren überall günstig. Pflicht der Gewerkschaften war es, die regelrechten Bewegungen zu unterstützen. Der Tarifgedanke hat überall Fuß gefaßt, so haben sogar die Unternehmer in der Großindustrie darüber verhandelt. Der Reichstarifgedanke marschiert auch in unserm Gau. Auch in der kommenden Tarifverhandlung in der Buchbinderbranche kann es sehr wohl zu einem Reichstarif kommen. Auslöcher für einen solchen besteht für die Luxuspapier-, Briefumschlag-, Kartonnagen-Branchen und für die Kartonnagenabteilungen in Zigarettenfabriken während der für die Eisindustrie bereits feststeht. Solange noch kein Reichstarif für die Kartonnagenbranche vorhanden ist, schlägt der Referent vor, sich an den Eisindustrie-Arbeitertarif zu halten. Er begründet den Antrag des Gauvorstandes, daß Fragebogen 1 und der Schlussbericht nicht nur dem Verbandsvorstand, sondern auch dem Gauvorstand zugeandt werden sollen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

In der Debatte gibt dann Kleinrecht-Heilbronn bekannt, daß die Unternehmer verschiedener Städte unsere Vertreter nach Plochingen eingeladen hätten zwecks Schaffung eines württembergischen Reichstarifs. Die Angebote, die in der Sitzung von den Arbeitgebern gemacht wurden, waren so gering, daß die Sitzung abgebrochen wurde. Die Angelegenheit wurde dem Schlichtungsausschuß Stuttgart übergeben. Drehwald-Stuttgart sagt die Mitarbeit der Stuttgarter Kollegenschaft für alle Orte, wo es gewünscht wird, gerne zu. Huber-Winter-Karlsruhe legt dar, wenn in den einzelnen Bezirksstellen richtig gearbeitet wird, sehr gute Erfolge erzielt werden können. So wurde im Juli 1917 in Karlsruhe für Gehilfen 4,50 M. bis 9 M. Teuerungszulage bewilligt, während wir heute 42-44 M. haben. Gehilfen für Arbeiterinnen 2,50-4,50 M., heute erhalten die meisten 23 M. in der Woche. Dies ist aber nur möglich, wenn die Organisationsverhältnisse gut sind und die Leitung der Bezirksstellen eine gute ist. Höhner-Trossingen gibt über die rasche Lohnbewegung im dortigen Gebiet Auskunft. Dieselbe fand gemeinschaftlich mit anderen Verbänden statt und hatte einen sehr günstigen Erfolg. Wichtig sei nur, daß ein Angestellter hinterlässt, um die Organisation und alles in geregelte Bahnen zu leiten.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gestellten Anträge wurden teils zurückgezogen, teils der Tarifkommission in Stuttgart als Material überwiesen. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Dürr-Bahr gab nunmehr einen Rückblick auf die stattgefundene Tagung. Er schilderte die geleistete Arbeit und lobte die rege aber sachliche Debatte und

sprach seinen Dank aus. Mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung und den Buchbinderverband schloß er um 1/2 Uhr den Gau tag. Die Delegierten, soweit sie nicht abreisen mußten, machten noch einen kleinen Ausflug mit Pforsheimer Kollegen, der nach der angestrengten Arbeit sehr zustatten kam.

Karlsruhe i. B.

Fr. Huber-Winter.

Unser Verbandstag — Eine unfruchtbare Kritik.

In Nr. 18 unserer Zeitung übt Kollege Kaspar-Berlin eine Kritik, welche meiner Auffassung nach nicht dazu angetan ist, klärend und anfeuernd zu wirken. Das Beste an seinem Artikel, um es gleich vorweg zu nehmen, ist sein Hinweis auf den notwendigen Ausbau unseres armen, aus tausend Wunden blutenden Deutschlands. Um aber aufbauen zu können, ist vor allem Euldung gegen Andersdenkende nötig. Die Zeiten der Keilerverfluchung innerhalb der Arbeiterbewegung müssen vorbei sein, man muß sich daran gewöhnen, auch die Ueberzeugung anderer zu achten. Als ein besonderes Objekt seines politischen Glaubensbannes hat sich K. die Person unseres Verbandsvorsitzenden ausersehen. Nun weiß ich ja nicht, wach eine Bewandnis es mit der Mitarbeiterschaft des Kollegen Kloth an der „Täglichen Rundschau“ hat. Wenn sich das bewahrheiten sollte, dann würde es zu verurteilen sein, selbst wenn es sich nur um einen besonders gelagerten Fall handeln sollte. Wir müssen vor allem bedenken, daß sich Kloth bereits Jahrzehnte vor Anstellung als Verbandsvorsitzender große Verdienste um unseren Verband erworben hat. Man hat es heute sehr leicht, dem Andersdenkenden chauvinistische Gedanken zu unterchieben. Es scheint eine besondere Nationaleigentümlichkeit des deutschen Charakters zu sein, nur am Ausländerischen Bewunderungswertes zu finden. Für einen nationalen Zentralverband ist kein Sinn vorhanden. Daher auch die deutsche Herrissenheit im Mittelalter, die Kleinmühsamkeit als die Ursache wirtschaftlicher Verkrüppelung. Gerade die Arbeiterschaft hat unter diesen Umständen besonders zu leiden. Erst ein moderner Großstaat konnte auch eine mächtige Arbeiterorganisation ins Leben rufen. Das, was Kaspar nationalistisch und chauvinistisch nennt, findet man bei jedem französischen Arbeiter, ohne daß es in Deutschland Anstoß erregt. Es bleibt dem Kollegen Kaspar vorbehalten, zu beweisen, daß die Liebe zum Vaterland eines Sozialisten unwürdig sei. Ich bekenne ganz offen, daß ich das Land, in dem ich geboren wurde, das Land eines Marx und Goethe, liebe. Und es ist ein berechtigter Nationalstolz, wenn wir uns auch in trüben Tagen zu dem Land des wissenschaftlichen Sozialismus und der vorbildlichen Gewerkschaftsbewegung bekennen.

Meine Stellung zum Hilfsdienstgesetz habe ich bereits kundgetan. Ich will nur noch zu der Arbeitsgemeinschaft einige Worte sagen. Die Gegner derselben gehen von dem Grundsatz aus, daß die freien Gewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, und deshalb könne es keine Interessengemeinschaft geben. Wenn man aber der Sache auf dem Grund geht, so findet man, daß die Arbeiterschaft wohl daran interessiert ist, die Entfaltung der Industrie zu fördern oder Gesehenswürde, welche Industrien zu schädigen imstande sind, abzuwehren. Und mit Recht ist in solchen Fragen die Sozialdemokratie oft mit den bürgerlichen Parteien zusammengegangen. Daß die Industrie Deutschlands durch den Weltkrieg an den Rand des Abgrundes gelangt ist, wird niemand leugnen, und ebenso nahe liegt der Gedanke, daß Arbeiter und Arbeitgeber ein gleiches Interesse haben, den drohenden Ruin abzuwehren. Von diesem Gesichtspunkt aus muß die Arbeitsgemeinschaft betrachtet werden. Dieselbe geschieht angewendet muß sie aber auch zum Mittel werden, den Sozialisierungsden Boden zu lockern. Dieselben Einwände wurden im übrigen auch gegen die Tarifgemeinschaft erhoben. Ich gehe unumwunden zu, daß auch ich als junger Mensch von diesen Gedanken erfüllt war. Und doch hat gerade unser Verband im Zeichen der Tarifbewegung seinen Kampfcharakter im höchsten Grade bewiesen. Alle unsere Kämpfe galten der Schaffung von Tarifgemeinschaften. Auch die Arbeitsgemeinschaft wird uns nicht von unserem alten Standpunkt abbringen. Im übrigen führen wir nicht den Massenkampf um seiner selbst willen, sondern weil uns die Interessengegensätze dazu zwingen. Wir führen auch auf diesem Boden einen Krieg gegen den Krieg. Die Ueberhebung der Massen bedeutet: Durch Kampf zum ewigen Frieden. Wer aufmerksam die Haltung der Entente, den halbjährigen Hungerkrieg gegen ein niedergeworfenes Volk, gegen unschuldige Frauen und

Kinder betrachtet, der weiß, daß nicht nur die Alldeutschen, sondern die Kapitalisten aller Kriegführenden Länder ein ebenso gerüttelt Anteil Schuld am Ausbruch des Krieges haben. Der Krieg ist die letzte unerbittliche Folge des kapitalistischen Konkurrenzkampfes. Und wie die Dinge am Beginn des Krieges lagen, konnte man wohl an einen Verteidigungskrieg denken. Ob nun diese Anschauung richtig oder falsch ist, das soll und darf uns nicht entgehen. Unser gemeinsames Ziel muß sein: Krieg dem Kriege! Hoch der sozialistische Volkstaat!

Und da sollte Kollege Kaspar doch vor allen Dingen die Antiklerikale des Redakteurs durchlesen, ehe er seinen Angriff auch gegen diesen richtet. Unser Redakteur war bis zum Kriegsende leider gezwungen, von seinem Posten fortzuarbeiten, und so sind die Angriffe ein böser Willkommengruß. Wir sollten dem Vortreiben des Redakteurs, zu verhindern, daß der Bankapfel in unsere Reihen getragen wird, unsere Anerkennung zollen. Ich glaube nicht, daß die Ansichten Kaspars dem der Mehrzahl der Mitglieder entsprechen. Vom rein sachlichen Standpunkte aus kann ich ein gutes Stück Weg mit ihm zusammengehen.

Das System der Arbeiterräte erkenne auch ich an. Wir haben Kommerzienräte und Kirchenräte, Gemeinderäte und Justizräte, ich verstehe nicht, weshalb die Arbeiter- und Betriebsräte nicht ein Mittel sein sollten, den Einfluß der Gewerkschaften zu stärken. Sie sind die notwendigen Verwaltungskörperlichkeiten. Wir brauchen zur Aufsicht der Schule auch Elternräte und bei der Vertretung vor Gericht auch Nachberräte. Aber die Arbeiterräte dürfen nicht die politische Macht an sich reißen. Sie müssen sich eingliedern als das Verbindungsglied zwischen Gewerkschaft und Regierung.

Den Angriff gegen die Angestellten unseres Verbandes kann ich nicht teilen. Ich will durchaus dem Kollegen Kaspar nicht unterstehen, daß er die Tätigkeit der Gewerkschaftsbeamten nicht zu würdigen versteht. Eine moderne Gewerkschaft von der Bedeutung unseres Verbandes, welche eine Entwicklungsmöglichkeit hat und in einigen Jahren die 100.000 erreichen wird, bedarf eines tüchtigen Beamtenschaars. Eine große Freude macht es mir, der ich die Entfaltung unserer Organisation von 2500 Mitgliedern bis auf den gegenwärtigen Stand erlebt habe, wenn in einem Bezirk die Anstellung eines Kollegen sich als notwendig erweist. Ein Verbandsbeamter muß aber auch in seiner Ueberzeugung als freier und unabhängiger Kollege sich betätigen können. Es bedeutet einen ungeheuren Tiefstand und ein niederdrückendes Gefühl, diese Kollegen oder Kolleginnen als die Zielscheibe jeder persönlichen und gehässigen Kritik zu sehen.

Einerstanden bin ich, wenn wir auf dem Verbandstag die Lehre aus den Generalkonferenzen ziehen wollen. Meine Ansicht ist diese: Der Gedanke des politischen Massenstreiks wurde propagiert, um für Kreuzzüge das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu erkämpfen, aber nicht um es totzuzustreichen. Die Weltgeschichte wird sich ein Urteil bilden, es wird kein Ruhmesblatt sein für die Streikführer in einer Zeit der Arbeitslosigkeit, des drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs und der Hungersnot, die Arbeiter in politische Streiks geht zu haben.

Und nun von den allgemeinen Fragen zum Ausbau unseres Verbandes. Durch die erfreuliche Entwicklung und dem noch anhaltenden Zustrom an Mitgliedern wird sich auch für die innere Verwaltung eine Neuerteilung notwendig machen. Es wird, mindestens bei einigen Gauen, notwendig sein, sie zu teilen. Besonders notwendig wird das für Rheinland. Ich bin der Ueberzeugung, daß die rheinischen Industriestädte einem Gau mit dem Sitz in Köln erhalten müssen. Es würde sich auch empfehlen, mit der Nummerierung zu brechen und die Gauen nach Landschaften zu benennen, etwa Bayern, Franken, Schwaben-Oberpfalz, Hessen, Mittelrhein, Niederrhein-Sauerland usw. Daß wir an Neuaneinandersetzungen von Beamten denken müssen, ist ganz ohne Zweifel.

Ein Gebot der Stunde ist die Frage des Reichstarifs. Der Vierstättentarif muß zum Reichstarif werden, sonst wird die Arbeiterbranche überflügelt. Da in absehbarer Zeit gar nicht daran zu denken ist, daß die Teuerung so weit behoben wird, um auf den Stand der Vorkriegszeit zu fallen, ist es notwendig, anstelle der Teuerungszulagen die Erhöhung der Grundpositionen vorzunehmen. Von Bedeutung ist auch in der Zeit der Sozialisierung die Frage, ob Wohnlohn oder Affordlohn. Dergleichen macht sich nach meiner Ueberzeugung notwendig, die Arbeiterinnenfrage zu regeln. Es wird zu erwägen sein, ob wir nicht zu dem Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ kommen müssen. Ich weiß wohl, daß hier verschiedene Hindernisse

entgegenstehen. Wenn wir aber gerade in Betracht ziehen, daß unsere Kolleginnen zu einem hohen Prozentsatz organisiert sind, nach meiner Überzeugung gegenüber allen andern Organisationen an erster Stelle stehen, dann müssen wir schon sagen, daß die Lage eine ganz andere ist als vor 10 Jahren. Eine Zeit, welche den Frauen das Wahlrecht gegeben hat, kann nie nicht das Prinzip des gleichen Lohnes vorerhalten. Natürlich muß in Betracht gezogen werden, daß die Frau infolge ihrer natürlichen Bestimmung nicht zu allen Arbeiten geeignet ist. Die Frauarbeit muß und wird im allgemeinen sich über besondere Arbeiten erstrecken. Aber das Prinzip muß gewahrt und beachtet werden, schon aus dem Grunde, um die Männerarbeit nicht zu verdrängen. Als eine Schlussfolgerung dieser Erwägung ergibt sich dann auch der Grundsatz: Gleicher Lohn — gleicher Verbandsbeitrag. Wir sollten unsern Verbandstag nicht nach dem Geschlecht, sondern nur nach dem Lohn abteilen. Es würde nach diesem Rezept Mitglied und Verbandsstufe gut stehen.

Ein langgehegtes Ziel der Verbandsmitglieder ist das Erreichen nach einem Industrie-Verband. Mit Freude habe ich den Bericht von Düsseldorf in Nr. 18 unserer Zeitung verfolgt. Er beweist mir, daß die Schaffung eines Graphischen Industrieverbandes wohl von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung ist. Die Zeit ist reif dazu, die Mitglieder unseres Verbandes stehen innerhalb der Graphischen Kunst durchaus nicht als Stiefkinder da. Die Verbandsfrage ist heute kein Hindernis mehr, und oftmals schon haben unsere kumpfsüchtigen Schwäger auch die Bedeutung der Hilfsarbeiter- und arbeiterinnenorganisation erkannt.

Wichtige Fragen zur Behandlung wird uns der Gewerkschaftsfongress hinterlassen. Auch unser Verband wird aus seinem Rahmen heraus müssen. Neue Böhnen und neue Ziele müssen wir wandeln. Die Gewerkschaften sind berufen, der aufbauende Faktor der neuen Gesellschaft zu sein. Wir wollen nicht abwärts stehen bei dem großen Werden. Dazu brauchen wir Eignigkeit. Aus dem Gären und Kochen der Revolution wird und muß die Zukunft geboren werden. Sollen wir den Parteizwang fern und helfen wir den Tempel aufbauen, der die leidende und hungernde Menschheit frei und gleich umfassen soll.

Offenbach a. M.

Ernst Gsch.

Berichte.

Wormen-Elberfeld. Eine stark besuchte Mitgliederversammlung fand am 3. Mai in Elberfeld statt. Groenhoff referierte über die Aufgaben des Gewerkschaftsfongresses. Als Kandidat wurde Groenhoff einstimmig bezeichnet. In der Diskussion wurde er beauftragt, die wirklichen Interessen der Kollegenschaft zu vertreten. Dann wurde „Hotel Gerecht“ in Unterarmen als Versammlungsort festgesetzt. Unter „Verschiedenes“ wurde von einigen Kollegen die Lohn- und Tarifffrage angeschnitten. Hierbei stellte sich heraus, daß eine große Unzufriedenheit unter den Mitgliedern herrscht. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die bestehenden Löhne richtigergehende Hungerlöhne seien und weit hinter denen aller anderen Berufe zurückstünden. Nach langer und erregter Diskussion wurde die bisherige Lohnkommission beauftragt, sich mit den Arbeitsgeberverbänden in Verbindung zu setzen, um die Teuerungszulage um mindestens das Doppelte zu erhöhen. Die Kollegenschaft des Wuppertals will nicht schlechter gestellt sein als die aller anderen Städte, da doch die Lebensbedingungen hier in mancher Beziehung weit teurer sind als anderwärts. Groenhoff gab zu verstehen, daß bei verschiedenen Tarifabschlüssen, wie in Düsseldorf und Dortmund, die niedrigsten Löhne des Wuppertales als Stammlohn bemittelt werden.

Berlin. Die Zählstelle hielt am 6. Mai eine außerordentliche Generalversammlung ab, die zum Gewerkschaftsfongress Stellung nahm. Der Bevollmächtigte Kaspar gab einen Überblick über die Tagesordnung des Kongresses, die nach dem alten Schema aufgestellt sei. In der Diskussion zum Nachschaffensbericht muß besonders mit der Kriegspolitik der Generalkommission abgerechnet werden. Einen Vortrag über Arbeitsgemeinschaften oder „Wärlsystem“ auf dem Gewerkschaftsfongress halten zu lassen ist eine dringende Notwendigkeit. Wegen die Absicht unseres Verbandsvorstandes, nach alter Methode noch von den und zutretenden zehn Delegierten für sich zu reservieren, muß protestiert werden. In der stürmischen Diskussion wurde die Politik der Generalkommission und das Verhalten Kaspar von Gabel, Lübeck, Marcuse, Schuhmecht und anderen scharf verurteilt. Brüdner verteidigte die Politik der Gewerkschaften, die nur das Beste für die Arbeiter gewollt hätte. Unter dem stürmischen Beifall der Versammlung trat ihm Scholz ent-

gegen, der die gewerkschaftliche Kriegspolitik für die Spaltung der Arbeiterbewegung und die lange Abwärtsentwicklung verantwortlich machte. Einmütig wurde beschlossen, dem Gewerkschaftsfongress folgende Anträge zu unterbreiten:

1. Der Gewerkschaftsfongress begünstigt den neuen Geist in den Gewerkschaften und stellt sich auf den Boden des revolutionären Kämpfens. Allen Spaltungsvorfällen der Führer muß entschieden entgegengetreten werden; denn die Absehung der bisherigen Führer darf keine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung bedeuten.
2. Auf dem Gewerkschaftsfongress ist ein Vortrag über das Thema „Arbeitsgemeinschaften oder Wärlsystem“ halten zu lassen.
3. Die Zählstelle Berlin protestiert gegen die von der Generalkommission während des Krieges eingeschlagene Politik und deren Fortsetzung während der Revolution, insbesondere die Bildung von Arbeitsgemeinschaften. Sie verurteilt ferner die Haltung der Generalkommission zum Kämpfensystem und verlangt von ihr volle Anerkennung des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte.

Als Kandidaten zum Gewerkschaftsfongress wurden die auf dem Boden des revolutionären Kämpfens stehenden Kollegen Kaspar, Lübeck, Otto Gabel und Willy Scholz aufgestellt. Beschlossen wurde, den Arbeitslosen die erhöhte Verbandsunterstützung vom 1. April ab nachzugeben und für diesen Zweck einen einmaligen Beitrag von 2 Mk. von den Kollegen und 1 Mk. von den Kolleginnen zu erheben. Zur Unterstützung der politischen Gefangenen wurde eine Teuerungsmittlung veranstaltet, die den Betrag von 72,50 Mk. einbrachte.

Mietfeld. In unserer Generalversammlung vom 1. Mai gab Herz den Geschäftsbericht vom 1. Quartal. Es ist aus diesem besonders hervorzuheben, daß an dem Aufschwung im Verbandsleben unsere Viefelder Zählstelle mit an erster Stelle marschiert. Die Mitgliederzahl hat sich von 217 auf 342 erhöht, sie ist im begonnenen Vierteljahr bereits auf 500 angewachsen. Betriebe, in denen wir bisher schwer Eingang finden konnten, sind durch rührige Agitation durch uns erobert worden. Der Erfolg für die dort Beschäftigten besteht in dem Abschluß unseres Tariffs sowie auch der Anteilnahme an den erhöhten Teuerungszulagen. Soll das Erreichte aber erhalten und nötigenfalls noch verbessert werden, dann muß jeder Kollege und jede Kollegin mitwirken und den Vorstand in seiner mühevollen Arbeit unterstützen. Bei Gelegenheit unseres 35. Stiftungsfestes konnten wir auch vier Verbandsjubilare begrüßen, die Kollegen Freitagsmüller, Hautförer, Müller und Wollin, die 25 Jahre dem Verbands und zum Teil die ganze Zeit unserer Viefelder Zählstelle angehören. Neben einer herzlichen Ansprache unseres Vorsitzenden wurden den Jubilaren Blumenpenden sowie auch die vom Verbandsvorstand gestiftete Ehrennadel überreicht. Der Kassenbericht bilanziert bei der Hauptkasse mit 2808,65 Mk. Fast 1000 Mk. wurden im Quartal für Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. In der Lokalkasse ist ein Bestand von 1306,85 Mk. vorhanden.

Die Verhältnisse im Gau 8 kamen sodann zur Sprache. Die Diskussion zeitigte den Beschluß, beim Gauvorstand den Antrag zu stellen, sobald als möglich einen Gantag einzuberufen, auf dem besonders über Agitation im Gau näheres verhandelt werden muß. Als dringend notwendig muß die Anstellung eines zweiten Beamten im Gau bezeichnet werden wegen der Belastung unseres jetzigen Gauleiters. Die übrigen Zählstellen im Gau 8 werden gebeten, ebenfalls hierzu Stellung zu nehmen. Zum Verbandsstag soll in einer extra hierfür eingeschickten Vermittlung Stellung genommen werden.

Nachschend das Ergebnis unserer Bewegung zur Erhöhung der Teuerungszulagen. Die Erhöhung beträgt gegen vorher 150 Mk bis 12 Mk. Es erhalten seit 14. April pro Woche an Teuerungszulagen: Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter unter 16 Jahren im ersten Halbjahr 9 Mk., nach einem halben Jahre 10,50 Mk., Arbeiterinnen über 16 Jahre im ersten Vierteljahr der Berufstätigkeit 14 Mk., nach einem Vierteljahr 16 Mk., nach einem ganzen Jahr 18 Mk., Hilfsarbeiter über 16 Jahre im ersten halben Jahr der Berufstätigkeit 14 Mk., nach einem halben Jahr 16 Mk., nach einem ganzen Jahr 18 Mk., nach 2 Jahren 20 Mk., gelehrte verheiratete männliche Arbeiter 30 Mk. und ledige 31 Mk. die Woche. Es liegt im Interesse unserer Mitglieder, darauf zu achten, daß diese vereinbarten Sätze auch überall voll zur Auszahlung kommen und jede Abweichung sofort der Ortsverwaltung gemeldet wird.

Ghemmitz. Am 3. Mai fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in der Pfübe über die Geschäftsfrage im ersten Vierteljahr berichtete. Die Fortentwicklung unserer Zählstelle hat recht gute Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 648, davon 220 männliche und 428 weibliche. Bis zum Vermittlungstage ist die Mitgliederzahl auf 800 gestiegen.

Den Kassenbericht gab Regler. Die Lokalkasse hat einen Kassenbestand von 668,53 Mk. Pfübe berichtet sodann über den Stand der Tarifbewegungen in der Kartonnagenbranche und in den Buchbinderereien und Zweidereien. In der Kartonnagenbranche haben bereits Verhandlungen stattgefunden. Vorbehaltslich der Zustimmung der Fabrikanten-Vereinigung betragen die Löhne für Buchbinder und gelehrte Kartonnagenarbeiter 1,60 Mk. und für Arbeiterinnen bis zu 68 Pf. pro Stunde. Bessere wurden von der Verammlung als unzureichend erklärt und die Kommission beauftragt, bei den weiteren Verhandlungen höhere Lohnsätze zu erreichen. Ueber die Erhöhung der Lokalkasse sprach Regler. Einmütig wurde beschlossen, ab 1. Juni für Kolleginnen 10 Pf. und für Kollegen 20 Pf. pro Woche zu erheben. Dann wurde noch Stellung zum Gewerkschaftsfongress genommen, dazu 3 Anträge beraten und angenommen. Als Delegierter wurde Pfübe in Vorschlag gebracht. Ferner wurde zum Gantag Stellung genommen. Die große Mehrzahl der Zählstellen hat sich für Abhaltung eines Gantages erklärt. Dieser findet am 22. Juni in Dresden statt. Am Himmelstagsstage soll ein Morgenausflug nach dem Adelsberge stattfinden. Treffpunkt früh 8 Uhr Zischauer Straße (am Wasserwerk).

Danzig. Der Krieg zerstreute hier alle Mitglieder der Zählstelle. Es kehren wohl früher oder später Kollegen an die Arbeitsplätze zurück, doch fanden sie nicht den Weg zur Organisation. Und die Folge? Löhne von 25, 35, 42, 45, 47, 50 Mk. für Buchbinder, die schon ein Vierteljahrhundert im Verufe tätig sind! Dabei ist hier schon die Teuerungszulage eingerechnet. Da erhält ja irgendein Vot, der nicht eine Lehre absolviert hat, viel mehr, und mit Recht! Denn daß der Vot mehr erhält, verdankt er seinem logischen Denken, das ihm sagte, schicke dich deiner Organisation an, agiere, sei nicht faul darin und stelle dich hinter deinen Vorstand, der für dich die Lohnforderungen vertritt. Die Kol. scheint nun auch die hiesigen Buchbinder zum Denken angeregt zu haben. Wo alles ringsherum sein Einkommen wenigstens annähernd den Bedürfnissen anpaßt, konnten die Kollegen nicht mehr zurückbleiben. Sie begannen sich zu organisieren, und am 4. Mai schufen sie sich eine Ortsgruppe. Aus dieser wurde eine Lohnkommission gewählt, die den Meistern im Gewerbe Forderungen unterbreiten soll, die es dem Geßlen ermöglichen, sich emigrieren unabhängig durchzuschlagen. Den Unternehmern ist es wohl möglich, bedeutend höhere Löhne zu zahlen, sie müssen ja doch die Mehrausgaben ab auf die Kundenschaft. Sie sind geneigt dabei, der Preis-scheuderei durch Preisstarke entgegenzutreten. Ein Lokaltarif mit dem Deutschen Buchbinderverband ist ein gutes Mittel. Natürlich darf der Lokaltarif nicht zur Arbeitslosigkeit reizen, indem er die Löhne zu niedrig bemittelt, es muß ordentlich scharf durchgegriffen werden. Vertrauensmann ist Kollege Gehemann, Danzig-Langhüt, Angstr. 111, an den Anmeldungen zu richten sind.

Dresden. Die am 5. Mai abgehaltene Vierteljahrsversammlung erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Auf Wunsch der Versammlung und um alle Punkte zur Besprechung kommen zu lassen, gab Lange zum Geschäftsbericht, Kohl zum Kassenbericht und Gsch zum Arbeitsnachrichtensbericht nur die notwendigen Ergänzungen. Ueber unsere Lohn- und Tarifbewegung“ referierte Lange. Er gab einen kurzen Überblick über die Reichstagsbewegung in der Buchbinder-Industrie und gleichzeitig über den Erfolg der in den Dresdener Zigarrettenfabriken eingeleiteten Lohnbewegung der Kartonnager. Beide Bewegungen sind abgeschlossen. Sie haben neben der Einbürgerung der Bodenlohn neben höheren Verdiensten erstmalig eine einheitliche Regelung der Rentenfrage für weit über 1000 Berufsmäßige gebracht. Lange wies weiter auf die Reichstagsfabriken hin und betonte, daß wir auch in Dresden für die Durchführung dieser Abschlüsse sorgen müssen, wenn die Zahl der Beteiligten dabei auch keine große ist. Die schon oben Verhandlungen mit dem Kartonnagenfabrikanten an Orte über den Abschluß eines Lohn- und Tarifvertrages gehalten sich überaus schwierig, weil die Fabrikanten glauben, bei den schlechten Verhältnissen unsere Forderungen nicht bewilligen zu können. Eine Einigung steht aber doch noch zu erwarten und sollen die Vereinbarungen dann von der 1. Lohnperiode im Mai an Geltung haben. Mit den Buchbinder-Innungsmestern ist jetzt — nachdem vorher abgelehnt war, überhaupt mit uns zu verhandeln — gleichfalls eine Vereinbarung zustande gekommen, die zwar bei weitem nicht alle Wünsche erfüllt, die aber doch die Möglichkeit des weiteren Ausbaus eines Vertrages gibt. Die Teuerungszulagenbewegung in der Luxuspapier- und Plakatbranche, in der Druckerbranche wie in den Kolonialhandeln

gaben lange wie auch den Debatteredern Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß es der Kollegen- schaft auch in diesen Verufen geling n muß, zu festen Tarifverhältnissen zu kommen. Die Debatte, die zum Teil recht lebhaft war, ergab Hebere nitimmung darin, daß man bei der schlechten wirtschaftlichen Lage mit dem Erreichen zufriedene, daß man aber auch weiterhin bemüht sein müsse, die Lohn- und Arbeits- verhältnisse zu verbessern. Mit einer kurzen, durch Zahlenmaterial unterstützten Begründung stellte Gaidich im Auftrage der Ortsverwaltung den Antrag auf Erhöhung des Lokalbeitrages. Der Notwendigkeit eines solchen wurde zugestimmt. Ein Redner, der gegen den Antrag sprach und dabei Vorwürfe über die Tätigkeit der Verwaltung erhob, wurde allseitig zurückgewiesen. Die Abstimmung ergab gegen 1 Stimme Annahme des Antrages der Verwaltung, daß ab 1. Juli der Lokalbeitrag in Höhe von 10 Pf. für Weibliche und von 20 Pf. für Männliche erhoben werden soll. Zum Punkt „Gewerkschaftskongreß“ sprach Mäißner. Er gab einen kurzen Ueberblick über die Bedeutung desselben und wies darauf hin, daß bei der Kürze der Zeit und der Unsicherheit der ganzen Verhältnisse die Öffentlichkeit noch wenig Stellung zu dem Kongreß genommen hat. Zu den Delegiertenwahlen, die nach dem vom Verbandsvorstand vorgezeichneten Wahlmodus erfolgen müssen, macht die Ortsverwaltung 8 Vorschläge, denen die Versammlung zustimmt. In der Aussprache wünscht Gaidich, daß auf dem Kongreß auch die Frage der Einführung des Organisationszwanges durch Reichsgesetz zur Erörterung gestellt werde. Auf Wunsch ein Verbot des Infortatenweijens im Arbeitsmarkt. Die Anregungen sollen dem Verbandsvorstande übermittelt werden.

Zum bevorstehenden Verbandstag und den zahlreichen bedeutungsvollen Aufgaben, die derselbe hat, sprach Kohl in längeren Ausführungen. Zu dem ganzen großen und neuen Fragenkomplex, der durch die Revolution aufgetaucht ist und der nun nach einer Erledigung drängt, müsse Stellung genommen werden. Der Aufbau der Gewerkschaften nach innen und außen muß entsprechend der veränderten Zielung der Arbeiterklasse erfolgen. Die Angestelltenfrage, die auch für Dresden brennend geworden ist, werde den Verbandstag ebenfalls beschäftigen müssen. Trotzdem die Wahlen und die Zahl der Delegierten zum Verbandstage noch nicht feststehen, müsse sich die Kollegenchaft schon jetzt mit diesen Fragen beschäftigen und dafür besorgt sein, daß dann, wenn die Wahlen stattfinden, auch alle von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen. Kohl berichtigte noch, daß ein Goutag vor dem Verbandstage — diesmal in Dresden — stattfinden wird.

Damburg-Altona. Unsere Generalversammlung vom 3. Mai beschäftigte sich neben dem Geschäftlichen vorwiegend mit dem Gewerkschaftskongreß, unserem bevorstehenden Verbandstag und dem Goutag. Zunächst wurde der neue Vertrag in der Stausbranche behandelt, der zwischen dem Verband der Stausfabrikanten und unserem Verband vereinbart wurde. Lebhaftige Klage wurde dabei über die Einreichung Damburgs in die zweite Klasse der Fabrikationsorte im Tarif geführt. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Mitgliederbestand sich auf 580 männliche und 1902 weibliche, zusammen 2542 Mitglieder bezieht. Die Arbeitsziffer ist gegen das vorige Quartal zurückgegangen. Dann wurde über die Verichtung von Männerarbeit durch Frauen gellagt, wie auch über die Schmuckkonfuzenz in der Kartonnagenindustrie und in der Tütenherstellung. Zum Gewerkschaftskongreß wurde Küfeler als Kandidat vorgeschlagen. Folgende Entscheidung, die dem Kongreß überwiesen werden soll, wurde angenommen:

„Die Versammlung beauftragt ihren Vertreter, für umfassende Reformen des Arbeiterrechts und der Reichsversicherungsordnung einzutreten dergestalt, daß eine Änderung des § 139 der Gewerbeordnung und des § 873 der Reichsversicherungsordnung in die Wege geleitet werde. Es sollen Arbeiterkontrolleure zum Aufschubdienst in den Betrieben und Bauten hinzugezogen werden. Weiterhin sollen schwere Berufsstrafen als Unfälle anerkannt und entsprechend entschädigt werden. Darüber hinaus muß eine der Neuzeit entsprechende Veränderung der Gewerbe- und Reichsversicherungsordnung vorgenommen werden.“

Beschlossen wurde ferner, einen Goutag abzuhalten. Für die Vorberatung der Anträge zum Verbandstag wurde eine Kommission gewählt, die sich aus drei Mitgliedern der Gau- und Ortsverwaltung sowie aus fünf Mitgliedern der Versammlung zusammensetzt. Nach der Erledigung der Ersahwahlen zum Vorstand und zum Kartell wurden Klagen laut über die Bevorzugung der großen Betriebe gegenüber den kleinen bei der Erhöhung der Teuerungszulagen, wobei die großen Betriebe einseitig vorgehen. Ein Antrag wurde dazu angenommen, der in Anbetracht der immer mehr steigenden Preise sämtlicher Lebensmittel und sonstiger Bedarfsartikel die Regelung der Tariflöhne und eine

wöchentliche Erhöhung der Löhne sämtlicher Kollegen und Kolleginnen um 25 Pf. fordert. Die Versammlung beschloß, diesen Antrag unseren Arbeitgebern zu übermitteln.

Hannover. Am 2. Mai tagte unsere gut besuchte Generalversammlung. Nach dem von Goppert gegebenen Geschäftsbericht hatten wir auch im 1. Quartal einen erheblichen Mitgliederzuwachs. Eingetretene sind 123 männliche und 478 weibliche, vom Kartell zurückgeführt, zugereist und von anderen Verbänden übergetretene 70 männliche und 9 weibliche Mitglieder, so daß nach Abgang von 14 männlichen und 69 weiblichen ein Bestand von 591 männlichen und 1103 weiblichen, zusammen 1694 Mitgliedern verblieb, gegenüber 1664 Mitgliedern am Anfang des Quartals. Kornader erstattete den Massenbericht und den Bericht über die letzte Bewegung zur Erhöhung der Teuerungszulagen. In den ersten Tagen des April hatten die Verbände der Buchdrucker, Steindruck und Lithographen, Buchbinder und Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter an den Verein der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter gestellt, die Teuerungszulagen für Männer um 25 Pf., für Arbeiterinnen um 20 bzw. 15 Pf. pro Woche zu erhöhen. Ferner sollte die 7 1/2 stündige Arbeitszeit und Ferien eingeführt werden. Nachdem diese Forderungen von den Prinzipalpalen abgelehnt wurden, traten die Verbände der 4 Verbände zusammen, um das seit dem Jahre 1914 ruhende graphische Kartell wieder ins Leben zu rufen, welches dann erneut an die Prinzipale den Antrag stellte, zum 17. April eine gemeinsame Verhandlung stattfinden zu lassen. Da dieser Antrag bis zum Abend des 17. nicht beantwortet war, legten die Hilfsarbeiter in den Zeitungsbetrieben am Abend dieses Tages die Arbeit nieder, so daß außer dem „Volkswillen“ am Karfreitag keine Tageszeitung erschien. Am 22. April fanden dann gemeinsame Verhandlungen statt, in denen nach langen Beratungen folgende Zugeständnisse gemacht und angenommen wurden: Die wöchentlichen Teuerungszulagen werden erhöht für Gehilfen um 9 Pf., für verheiratete Hilfsarbeiter um 12 Pf., für ledige um 10 Pf., für Arbeiterinnen um 5 Pf. Für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sollen die Zulagen zur Hälfte zum Lohn, zur anderen Hälfte zur Teuerungszulage geschlagen werden, so daß sich die Löhne der Hilfsarbeiter um je 6, 5 und 2,50 Pf., und ebenso die Teuerungszulagen um je 6, 5 und 2,50 Pf. erhöhen. Die gesamten Teuerungszulagen betragen nunmehr für verheiratete Gehilfen 50 Pf., für ledige Gehilfen 48,50 Pf., für verheiratete Hilfsarbeiter über 18 Jahre 31 Pf., für ledige über 18 Jahre 30 Pf., für Arbeiterinnen über 18 Jahre 21 Pf., für solche unter 18 Jahren 19,50 Pf. Ferner wurde zugestanden, daß, wenn in der Tarifausgleichs- sichtigung der Buchdrucker im Mai höhere Teuerungszulagen bewilligt würden, die Differenz zugezählt werden solle. Die Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und Ferien wurde einstweilen zurückgestellt. Angesichts der schlechten Geschäftslage und nachdem in den größten Betrieben nur 36 Stunden gearbeitet wurde, erklärte die Versammlung sich mit diesen Zugeständnissen einverstanden, wie auch die übrigen drei Verbände ihre Zustimmung bereits gegeben hatten. Für die Wahl der Delegierten zum 10. Gewerkschaftskongreß wurde von der Zahl- stelle Hannover Kornader einstimmig als Kandidat in Vorschlag gebracht.

Leipzig. Eine am 5. Mai tagende Versammlung beschloß sich hauptsächlich mit der Abschaffung der Akkordarbeit. Vorbereitet durch 7 Brandenburger Versammlungen wurden in ausgiebiger angeregter Diskussion alle Momente berücksichtigt, die für und gegen die Abschaffung sprechen. Das Ergebnis der erschoßpenden Aussprache bestand in der einmütigen Forderung der recht stark besuchten Versammlung, die Akkordarbeit mit ihren üblen Nebenwirkungen abzuschaffen und dafür noch festzusetzende Einheitslohnansätze einzuführen. Um nun ein ganz klares Bild über die Meinung aller beteiligten Berufsangehörigen über diese Forderung des Arbeits- und Lohnsystems zu bekommen, soll am 12. Mai eine Urabstimmung in dieser Frage stattfinden. Als Delegierte zum kommenden Gewerkschaftskongreß werden die von der Ortsverwaltung empfohlenen Kollegen Bergmann, Gellag, Thalheim und Frau Thiel, letztere drei gegen wenige Stimmen, von der Versammlung in Vorschlag gebracht, während Wienicke mit übergroßer Mehrheit abgelehnt wurde.

Eyremberg. Am 7. Mai hatten die Buchbinder und Buchdrucker der Firma S. Görlich eine Vollerversammlung. Es wurde einstimmig beschlossen, soweit die Kollegen noch nicht organisiert sind, h'n Berufsorganisationen sich anzuschließen. Einige Uebertritte aus anderen Verbänden werden sich nötig machen. Hierach brachte dann einen ausführlichen

Bericht über die Bedingungen, unter welchen in den Buchbinderverband eingetretene werden kann und was den Kollegen dafür geleistet wird. In der Debatte kamen die Mißstände bei der Firma zur Sprache und es wurde beschlossen, durch einiges Vorgehen dieselben zu beseitigen, dabei aber dem Vorschlag der Buchdrucker, mit der Regelung der Mißstände zu warten, bis die Abschlüsse des Tarifantes vorliegen, zu entsprechen. Als Vertrauensmann wurde Gierach einstimmig gewählt.

Rundschau.

Dr. G. H. Erziehung und Gewerkschaftsamt. Der werdende Mensch macht im Mutterleibe bekanntlich in einem abgekürzten Verfahren die Entwicklung noch einmal durch, die der Mensch in seiner Stammesgeschichte gegangen, und auch der geborene Mensch, das Kind, erinnert in seinen Entwicklungsstadien so vielfach an jene Stufen, auf denen der primitive Mensch einmal gestanden hat. So manche Eigenarten des Kindes sind der erste Anfang zu wertvollen Charaktereigenschaften, so wie aus der blinden Abenteuerlust Unternehmungsgeist und aus dem Troste und dem Eigensinn ein starker Charakter wird.

Hierzu bedarf es aber der Erziehung. Geht diese, wie bei Abertausenden in der Kriegszeit, dann verwildert die Jugend, die jüngere und die ältere, und es wird möglich, daß 1917 177 000 Strafverfügungen gegen Jugendliche bis zu 18 Jahren schwebten gegen 51 000 drei Jahre zuvor. Zur Erziehung aber gehört Zeit und Ruhe, und diese hat der Mensch nur dann, wenn die Arbeit nicht den größten Teil des Tages einnimmt, wie es bisher fast beim ganzen werktätigen Volke der Fall war. Der Achtstundentag bedeutet darum Erziehung und Bildung, sittliche und geistige Kultur.

Wie viele von denen, die hinter eisernen Gittern von Freiheit träumten, sind verurteilt worden zu ihrem Jammerbausein, weil die Ueberarbeit das Leben füllte, weil nichts als Arbeit möglich war und nochmals Arbeit, nichts als Ausnutzung. Die sittliche Kultur gedeiht nie in einem Wirtschaftsstaat der Ausbeutung. Und die Ausbeutung ist es, die wir stets bekämpfen und gegen die wir heute allem schaffenden Volke ein dauernder Schutz und Schirm sind.

Darum muß aber auch jeder, der sittliches Empfinden in seiner Brust trägt, mit seinem ganzen Herzen in unseren Reihen stehen. Nur der Triumph unserer Kampfbefreiung liegt in sich die Voraussetzung zur freien Entwicklung der geistigen und seelischen Menschheitskultur.

H. H. Vergessene Kräfte. „Wirtschaftlich betrachtet ist die Welt, in höherer Nähe die Nationen, eine Vereinigung Schaffender; der Arbeit, Arbeitszeit oder Arbeitsmittel bezogen, beraubt die Gemeinschaft. Verbrauch ist nicht Privat- sache, sondern Sache der Gemeinschaft, Sache des Staats, der Sittlichkeit und Menschheit.“ In diesen Worten Mathensaus kommen Gedanken zum Ausdruck, die tausendmal und öfter durch die Organe der Genossenschaftsbewegung in die Köpfe der Zeitgenossen, hier als Verbraucher genommen, zu hämmern verucht wurden. Nicht ohne Erfolg. Mehr als zwei Millionen deutscher Verbraucher wissen heute, daß der Verbrauch an Lebensgütern eine Angelegenheit der Allgemeinheit ist und daß jede Vergeudung von Arbeit, Arbeitszeit oder Arbeitsmitteln ein Raub an der Gemeinschaft der Volksgenossen ist. Diese Wahrheit müßte die Menschen heute mehr als je in ihren Sinn zwingen. Heute, wo wir als Volk ganz elend verarmt sind, ist Verwahrung des teuersten Nationalguts, der Arbeit, unbilligere Schuld.

Man kann nun nicht sagen, daß die Erkenntnis dieser Wahrheit in jenem Tempo vor sich geht, das die wirtschaftliche Not unseres Volkes verlangt. Noch wissen Millionen von Menschen nicht, wie kurzfristig, wie einseitig sie sich gegenüber den strengen Geboten der Zeit verhalten. „Verbrauch ist nicht Privatsache, sondern Sache der Gemeinschaft.“ Dieser Ruf, so eindringlich er von allen Ecken und Enden unseres aufeinandergebrochenen Wirtschaftslebens aus erschallt, scheint für manche Ohren noch nicht deutlich genug zu erklingen. Diesen Ohren ist eine Sprache, die von Plakaten gegenüber der Gemeinschaft redet, nicht angenehm. Die ständige Sorge um das eigene Wohl weist dem Gedanken, wie denn dabei das Wohl der Gemeinschaft gedacht bleibe, bestal die Tür. Fragen nun aber auch die geborenen Selbstschlinglinge unbedeutbar sein, in ihrem Besolge befinden sich aber noch genau Volksgenossen, deren Umkehr vom falschen

Wege nur durch ihre wirtschaftlichen Scheuklappen verhindert wird. Diese Scheuklappen gilt es zu beseitigen. Es winkt dabei doppelter Gewinn. Es darf auch nicht die unheimbarste Arbeitskraft in irgend-einer Form ohne wirtschaftlichen Nutzen verausgabt werden. Was man wirtschaftlich auf kurzem Wege erreichen kann, soll man auf längerem nicht bewerkstelligen wollen. Man bedenke: Verschwendung von Arbeit und Zeit ist Schädigung der Allgemeinheit.

Der Verbrauch ist Sache der Gemeinschaft! Nun richte man sich aber auch nach dieser Erkenntnis und beginne damit, die einfachste Verbraucher-bündelung zu einer Sache der Gemeinschaft zu machen. Das gelte, indem man mit seinesgleichen, mit anderen Verbrauchern, gemeinschaftlich den Verbrauch regelt. Die bisherige Regellosgigkeit in der Versorgung der Verbraucher war eine maßlose Verschwendung wirtschaftlicher Werte. Was früher Gedankenlosigkeit und Beifallsinn hieß, ist heute Verbrechen an der Allgemeinheit, das zu verhängen höchste sittliche Forderung im Dienste der Gemeinschaft ist. Hier gehen die Forderungen auf höchsten wirtschaftlichen Nutzen und jene auf geläuterte Gemeinschaftsmoral den gleichen Weg. Er führt, soweit der Verbrauch der Güter in Frage steht, zur gemeinsamen, zur gemeinsamen Handlung, deren Rahmen in der Konsumgenossenschaftsbewegung längst gesteckt ist. Sich ihrer zu bedienen, heißt helfen, die Gesundung unseres kranken Wirtschaftskörpers herbeiführen.

Gau 12 (Sachsen, Sachsen-R.)

Gemäß § 7 des Gaustatuts beruft Unterzeichneter für Sonntag, den 22. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, einen

Gautag

nach Dresden, Volkshaus (Saal 2), Schützenplatz 20, ein.

Tagesordnung:

1. Bericht des Gauvorstandes. Berichterstatter: E. Pfüge.
2. Ziele unserer Tarifbewegungen. Berichterstatter: E. Pfüge.
3. Anträge zum Gaustatut und interne Gauangelegenheiten.
4. Stellungnahme zum Verbandstag.
5. Verschiedenes.

Die Zahlstellen und Einzelmitglieder werden aufgefordert, sofort zum Gautage Stellung zu nehmen. Anträge, die auf dem Gautage behandelt werden sollen, müssen spätestens am 6. Juni in unseren Händen sein.

Der Gauvorstand.

J. A.: E. Pfüge, Chemnitz, Dresdener Str. 40 pt.

Abrechnungen

vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 12. Mai bei der Verbandskasse ein: Von Gau 1/3 mit 500 M., Brandenburg — M., Gau 5 400 M., Niedersachsen 1700 M., Gau 6/7 500 M., Hamburg-Altona 1000 M., Lübeck — M., Schwertin 180 M., Gau 8 600 M., Braunschweig — M., Gau 9 — M., Arnstadt 200,80 M., Weira — M., Dortmund 900 M., Duisburg 75 M., Solingen — M., Wiesbaden — M., Gau 12 — M., Chemnitz — M., Gau 14/15 500 M., Lahr 300 M., Pforzheim — M., Neutlingen — M. und von Klausbeuren mit 160 M.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von: Stettin, Gau 2, Gau 4, Erfurt, Weisenfeld, Gau 10. Varmen-Elberfeld, Köln, Preßfeld, R. Gladbach, Gau 11/13, Frankfurt a. M., Offenbach, Hanau, Rammheim-Ludwigshafen, Freiburg i. B., Heilbronn, Straßburg, Stuttgart, Gau 16, Nürnberg, Gau 17 und München.

E. Hauelsen.

Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.

- Danzig. B.: J. Behrmann, Danzig-Langfuhr, Ringstr. 11. K.: R. Paetzsch, Danzig, Vädergasse 7. Gützig. B.: E. Hunger, Hohenr. 4 II. K.: P. Herbig, Postplatz 20 IV. Grödenstadt. B. u. K.: J. Klump, Verbindungsstraße 16. Neuwied a. Rh. B.: A. Hasselbach. K.: Fr. Canner, Junferstr. 4d. Stettin. B.: E. Judaeus, Armbrstr. 8 D. p. K.: G. Weiser, Friedenstr. 6 I. Seitenf. III. Trier. B.: E. Scheuer, Palaststr. 12. K.: A. Weiser, Eucheniusstr. 10. (St. Mathias.) Weisenfeld. B.: O. Manide, Burgwerbau 102 p. K.: A. Emmerich, Weinbergstr. 18 II.

Briefhalten.

Zurückgestellt infolge Raummangels wurden: Zum Verbandstag. — Unser Verbandstag. — Die Diskussion zum Verbandstag. — Die Stellung und Entschädigung der Kassierer unserer Zahlstellen. — Die Stellung der Gewerkschaften im sozialistischen-demokratischen Volksstaat.

An unsere Berichterstatter und Schriftführer! Infolge der bevorstehenden Festtage muß Nr. 23 vom 1. Juni der „Buchbinder-Zeitung“ einen Tag früher abgeschlossen werden. Für diese Nummer bestimmte Einwendungen müssen am 25. Mai in unserem Besitz

sein, wenn sie in Nr. 23 noch Aufnahme finden sollen. Das gleiche gilt für Nr. 25 vom 15. Juni. Für diese Nummer bestimmte Zuschriften müssen am 7. Juni früh in unseren Händen sein.

Literarisches.

Matthschläge für Deutsche Auswanderer. Stuttgart, Volksverlag für Politik und Verkehr. Preis 1 M. Man rechnet, sobald die Grenzen wieder geöffnet sein werden, mit einem explosiven Ausbruch einer Auswanderungslust, da bei den erschweren Lebensbedingungen der Industrie viele Tausende ihre Fortkommen in Deutschland nicht mehr finden zu können glauben. Um die Auswanderungslustigen vor unüberlegten Schritten zu bewahren und ihnen mit zuverlässigen Ratschlägen an die Hand zu gehen, erwidert im Volksverlag für Politik und Verkehr in Stuttgart dieses Buch. Der erste Teil „Matthschläge für Auswanderer“ enthält eine Menge nützlicher Winke für alle Auswanderer. In den weiteren Lieferungen werden die für deutsche Auswanderer in Betracht kommenden Länder kurz behandelt.

Der Staat, die Industrie und der Sozialismus. Von Parvus. Preis kart. 3 M., geb. 4,50 M. Berlin SW. 68, Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.

Der Verfasser behandelt kritisch den ökonomischen Widerspruch, in welchem sich das kapitalistische System befindet; die Kapitalistenklasse lebt von der Entwertung der Produktion, die von einer Steigerung des Volksbedarfs, von einer Ausweitung des Massenverbrauchs abhängt, aber die kapitalistische Aneignungsweise drückt die Kaufkraft der Massen herab. Die Ergiebigkeit der auf der modernen Technik begründeten Produktion ist jedoch so bedeutend, daß die Einkommen der Kapitalistenklasse fortgesetzt im Steigen begriffen sind, so daß ein großer Teil davon zum Kapital geschlagen werden kann. Das ersparte Kapital fließt in die Banken, die es der Produktion zuführen, den Profit verteilen und im allgemeinen das kapitalistische Vermögen verwalten. Je großartiger aber die kapitalistische Zusammenfassung der Produktion sich gestaltet, desto weniger kann die Industrie sich auf Kosten der Konkurrenz ausdehnen, da diese überhaupt verschwindet, und desto schärfer tritt der dem Kapitalismus innewohnende Widerspruch zwischen der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und der gesellschaftlichen Konsumtion hervor. Der Kapitalismus kann diesen Widerspruch nicht lösen. Hier kann nur die Überführung der Produktionsmittel in die Gemeinwirtschaft helfen. Die Klasse, die diese Tat vollbringen kann und muß, ist das Proletariat. Dieses greift zu einer sozialistischen Wirtschaftspolitik, deren Richtlinien von dem Verfasser in seinem Buch gezogen werden.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Ernst Kastler

und unsere Kollegin

Martha Poforski

am 5. Mai nach kurzem Leiden verstorben sind. Wir werden beiden ein ehrendes Andenken bewahren. Die Ortsverwaltung.

Statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Bezirk.

Zum Preise von 1,30 M. zu beziehen von E. Hauelsen, Berlin S. 59, Urbanstraße 631. Postcheckkonto Bl. 23210.

Anzeigen

finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingezahlt ist.

Bekanntmachung. Berlin.

Die erhöhten Sozialbeiträge treten mit der 19. Woche in Kraft. Im voraus gelebte Beiträge sind im Werte der erhöhten Sozialbeiträge mit Extramarken nachzulieben. Zu diesem Zwecke haben Hilfskassierer und Zahlstellenlokale Marken à 10 Pf. vorrätig.

Ab 1. April tritt die erhöhte Arbeitslosenunterstützung in Kraft. Um die erhöhten Ausgaben zu bestreiten, hat die letzte Generalversammlung beschlossen, daß für den Monat April Extramarken zu leisten sind. Es haben männliche Mitglieder 2 M. und weibliche Mitglieder 1 M. an Extramarken zu lieben. Hilfskassierer und Zahlstellen haben 50-Pf.- und 1-M.-Marken zu diesem Zwecke bereit.

Die erhöhte Krankenunterstützung ist am 1. Mai in Kraft getreten. Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Berlin.

Achtung! Taubstumme Kollegen! Freitag, den 23. Mai, abends 6 Uhr, Versammlung im Lokale von G. Baum, Stallschreiberstraße 47.

Die Ortsverwaltung. J. A.: E. Meyer.

Album-Karton

in den verschiedensten Sorten und Farben liefert in Sonderanfertigungen Willi Schwabe, Papiergroßhandlung, Abtlg. E. Dresden-N.

Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel kleben nur noch mit

Wiril Klebstoffen

(D. R. P. a.)

Glänzende Begutachtungen.

Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegswichtige Betriebe etc. etc. Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten.

Chemisch-technische Werke Willybald Richter

Leipzig, Querstrasse 4-6, Telephon 3049. Telegramm-Adresse: Wirilwerke.

Zur Messe: Leipzig, Zeisighaus, I. Obergeschoß Stand 74-76. Deutsche Schuh- und Leder-Messe, Leipzig, Halle D, Stand 310/11.